

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 41



RUTH GEIER / PETER PORSCH

Reden der Wende
Wende der Reden
Diskursanalysen
und Diskursreprise

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2014

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 41

RUTH GEIER / PETER PORSCHE

**Reden der Wende
– Wende der Reden
Diskursanalysen
und Diskursreprise**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2014

ISBN 978-3-89819-400-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2014
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
www.sachsen.rosalux.de
info@rosalux-sachsen.de

Titelillustration: Stefan Heym spricht am 4. November 1989
auf dem Berliner Alexanderplatz (Quelle: Bundesarchiv,
Bild 185-1989-1104-059 / Link, Hubert / CC-BY-SA)

Redaktion: Manfred Neuhaus

Satz: Daniel Neuhaus

Herstellung: GNN-Verlag Sachsen GmbH,
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

7

PETER PORSCH

DDR: Land und Sprache. Alltag und Sprache.
Zwei Konferenzen, zwei Vorträge
1989 und 1990

27

RUTH GEIER

Reden der Wende – Wende der Reden

79

Zu den Autoren

PETER PORSCH

DDR:
Land und Sprache.
Alltag und Sprache.

Zwei Konferenzen, zwei Vorträge 1989 und 1990

Der 40. Jahrestag der Gründung der DDR und der 45. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Polen gaben für 1989 den Anlass zu einer internationalen Konferenz »Land und Sprache«. Veranstalter waren der Lehrstuhl »Marxistisch-Leninistisch Sprachtheorie/Sprachsoziologie«, den ich innehatte, und der durch Dieter Aner vertretene Lehrbereich »Landeskunde« der Sektion Germanistik und Literaturwissenschaft der Karl-Marx-Universität Leipzig. Die Vorbereitung der Konferenz dauerte über ein Jahr. In der Einladung war formuliert:

»Aus der internationalen Diskussion um den Fremdsprachenerwerb [...] ist die Erkenntnis nicht mehr wegzudenken, dass beim Fremdsprachenerwerb nicht nur zwei verschiedene Sprachen – verstanden als linguistische Strukturen – aufeinanderstoßen, sondern auch verschiedene »Kulturen«, die die Inhalte sprachlicher Zeichen und zulässige Formen sprachlicher Kommunikation maßgeblich mitbestimmen. Es erscheint legitim, Länder als spezifische »soziale Welten« mit Eigenheiten in Kommunikation und Sprache zu betrachten [...] Die Konferenz soll den eigenständigen Beitrag verschiedener linguistischer Disziplinen und der Landeskunde zur Problematik sichtbar machen und sichern. [...] Wichtig ist die Qualifizierung der theoretischen und methodologischen Aufarbeitung des Problems.«

Dieser Aufgabe stellte sich die Konferenz. Das Hauptreferat bot eine ausführliche Bestandsaufnahme möglicher interdisziplinärer Ansätze im Weichbild der Linguistik, insbesondere der

Soziolinguistik. Es sollte der Grund gelegt werden für ein einschlägiges Forschungsprojekt zur landesspezifischen Gesellschaftlichkeit der Sprache in der DDR. Die Konferenz selbst fand am 6. und 7. November 1989 statt. Nur zwei Tage später gab es ein neues Wort: »Maueröffnung« – und der DDR war der Weg aus der Geschichte gewiesen.

Fast genau ein Jahr später, am 12. und 13. November 1990 fand an der Universität Kopenhagen ein internationales Symposium zum Thema »Deutsch – Eine Sprache? Wie viele Kulturen?« statt. Sie hatte einen Vorlauf von fast drei Jahren und wollte der Tatsache Rechnung tragen, dass Deutsch jedenfalls als einzige europäische Sprache nicht nur in verschiedenen Staaten als Staatssprache gesprochen wurde, sondern auch unter sowohl »realsozialistischen« als auch kapitalistischen Bedingungen. Neben dem Veranstalter Björn Ekmann fungierten als Mitveranstalter Hubert Hauser (Österreich), Wolf Wucherpennig (BRD) und Peter Porsch (DDR). Diese Konferenz war zum Zeitpunkt ihres Stattfindens von der Geschichte vollends überholt. Die DDR war untergegangen, die BRD war das einzige Deutschland. Bonmot am Rande: Ich war als Veranstalter zwar noch Linguist in universitären Diensten zugleich aber schon seit einem knappen Monat Mitglied des Sächsischen Landtages, was mir eine gesonderte Einladung zum Tee beim deutschen Botschafter in Kopenhagen eintrug.

Sieht man von den zum Teil weit ausgreifenden Überlegungen zur theoretischen, terminologischen und methodologischen Erfassung des Verhältnisses von Land und Sprache im allgemeinen und auch im besonderen bezüglich der DDR ab, ergab sich zur Konferenz in Leipzig 1989 der folgende in meinem Hauptreferat vorgetragene und hier jetzt erneut dokumentierte Befund. Von der DDR konnte man noch im Präsens reden und schreiben.

Nachdem unser Land ins Gerede geraten war, ist es jetzt offensichtlich zur Sprache gekommen. Vieles wird zur Sprache gebracht, was bis vor kurzem dem Schweigen anheim gestellt war. Beinahe kultischer Sprachgebrauch verhinderte wirkliches Thematisieren und Klären von Problemen des Landes im öffentlichen Gespräch. Diskurs war weitgehend ersetzt durch »Litanei«, die zum

Festgestellten Zustimmung erzwingt. Dazu ein Leserbrief in »Neues Deutschland« vom 4. November 1989:

»Unsere Sprache war verzeichnet. Wir beschrieben uns in Schwarz-Weiß, entweder dafür oder dagegen. So ergaben sich phrasenhafte Reden. Die einen verstanden nur diese, die anderen wagten nicht, sich anders auszudrücken. Und von der Phrase bis zur Lüge ist es nicht weit. Wir wurden krank an uns selbst. Nun wollen wir gesund werden. Unsere Sprache wird bunt, vielgestaltig.«

War es wirklich ganz so schlimm? Und wo blieb die Kritik zum Beispiel der Linguistik? Dies sind berechtigte Fragen.

In dem Buch »Entwicklungstendenzen in der deutschen Gegenwartssprache« habe ich geschrieben:

»Die Analyse von Leserzuschriften, die im Rahmen einer Leserdiskussion über das Leben in Lehrlingswohnheimen an die DDR-Jugendzeitschrift ›neues leben‹ gesandt wurden, zeigt, dass die jugendlichen Absender eher umgangssprachlich und salopp benennen bzw. sich deutlich an mündlicher Kommunikation orientieren, während die Zusammenfassung der Leserdiskussion durch einen Sekretär des FDJ-Zentralrates [...] gehobener, ›feierlicher‹ wirkt. Der ›lockeren‹ Darstellung von Problemen und ihrer Lösung durch die Briefeschreiber steht die geformtere, das Bedeutungsvolle der besprochenen Sache betonende Textgestaltung des Zentralsekretärs gegenüber.«¹

Es war der Versuch, die Problematik anzudeuten. Er mag jämmerlich genug ausgefallen sein, musste auf jeden Fall auf das Lesen zwischen den Zeilen spekulieren. Deutlich kann aber doch einiges geworden sein: Es gab ›bunte, vielgestaltige‹ Sprache. Es gab sie in der Kunst, ohne sich richtig Gehör verschaffen zu können, es gab sie jedoch zuallererst im Alltag, im Gespräch der Leute untereinander. Dies war die kritische Sprache, die Sprache sozialer Erfahrung, die Sprache der Veränderung. Offizielle Sprache war dagegen Sprache beschönigender Interpretation. Letzterer Sprache misstrauen wir nicht erst heute. Sie konnte Veränderung höchstens durch den Komparativ in Verbindung mit der Partikel ›noch‹ fassen: Wir veränderten zu ›noch besser‹, zu ›noch

1 Karl-Ernst Sommerfeldt (Hrsg.): Entwicklungstendenzen in der deutschen Gegenwartssprache. Leipzig 1988. S. 131.

schöner«, zu ›noch effektiver« usw. Nicht der dialektische Widerspruch, nicht die Negation waren Quellen der Bewegung, sondern die Gier nach noch mehr (Eigen-)Lob durch ›Noch-Besser«.

Wir hatten eine Sprache der ›Inbesitznahme« von Subjekten, die dadurch zu Objekten verwandelt wurden. Menschen wurden ›unsere Menschen«, ›unsere Kunden«, ›unsere Schüler«, ›unsere Studenten«. Sie waren öffentlich nicht mehr in der Lage »die Dinge in die eigene Hand, das Denken in den eigenen Kopf und die Sprache in den eigenen Mund zu nehmen«². Ich betone: Wir waren öffentlich dazu nur sehr eingeschränkt in der Lage, privat aber sehr wohl. Sprache der Veränderung war weitgehend auf das Private abgedrängt, auf den offiziell kaum registrierten Alltag. Öffentlich sprachen wir ›in Auswertung von ...«.

»Jede revolutionäre Bewegung befreit die Sprache.«³ Alltagsbewusstsein, gewonnen in konkreter sozialer Erfahrung, drängt heute mehr und mehr ins öffentliche Gespräch – wir nennen es ›Dialog«. Die vor kurzem noch diffamierte ›Meckerei« wird zur öffentlich erhobenen ›Forderung«. Textsorten wie ›Resolution«, ›Erklärung«, ›offener Brief« bekommen wieder soziale Bedeutung und verdrängen akklamative ›Willensbekundung«, den ›Brief an den Generalsekretär« und hoffentlich auch das ›Gelöbnis«. Zugleich wird Sprache und Sprechen schon wieder misstraut: »Der Dialog darf sich jetzt nicht mehr in Worten erschöpfen.«⁴ Nicht die Sprache ist primär zu verändern, die Sprache bringt aber die zu verändernde Wirklichkeit an den Tag.

Neben landestypischen Kommunikationsereignissen und Textsorten (zum Beispiel ›Besuch bei der Patenbrigade«, ›Eingabe«) gibt es in der DDR – sowie in anderen Ländern – wohl auch landestypische, dem spezifischen Alltag geschuldete und ihn reflektierende sprachlich-kommunikative Realisierungen von Kommunikationsereignissen und Textsorten: Interessant ist in diesem Zusammenhang ein erst kürzlich erschienenenes Gesprächsbuch

2 Michael Brie: Die Wende. In: Sonntag. Berlin. Jg. 44. Nr. 45, 5. November 1989. S. 2.

3 Christa Wolf auf der Kundgebung auf dem Alexanderplatz in Berlin am 4. November 1989.

4 Markus Wolf auf der gleichen Kundgebung.

für Gehörlose.⁵ Auch wenn man einräumt, dass Gehörlose zuallererst für schwierige, weil ›unnormale‹ verlaufende Situationen sprachlich-kommunikativ befähigt werden müssen, um zur Neuorientierung in der Lage zu sein, so fällt gerade dem gelerten DDR-Bürger auf, wie normal eigentlich viele ›unnormale‹ Gesprächsabläufe sind. Die Zeichnungen der beiden letzten Umschlagseiten bringen es auf den Punkt. Ein Schild an der Kosmetikabteilung: ›Kosmetikabteilung geschlossen‹; die zu erlernende Formulierung: »Wann hat die Kosmetikabteilung wieder geöffnet?« Ein Schild an der Haltestelle: ›Haltestelle verlegt‹; die zu erlernende Formulierung: »Können Sie mir bitte sagen, wo die Bushaltestelle jetzt ist?« Die zu erlernende Formulierung für die Schuhreparaturannahme: »Reparieren Sie diese Schuhe?« Im Buch finden wir zum Beispiel zur Kommunikation in der Gaststätte: »Dürfen wir hier Platz nehmen?« »Gibt es noch Mittagessen?« »Nein die Küche ist schon geschlossen.« Für die Kommunikation auf dem Bahnsteig lernt der Gehörlose: »Fährt der Schnellzug nach Berlin heute von einem anderen Bahnsteig ab«, »Kommt der Zug aus Potsdam heute auf einem anderen Bahnsteig an?« Im Zug muss er verstehen: »Alles aussteigen, bitte! Zwischen Erfurt und Weimar ist Schienenersatzverkehr.« Oder: »Der Zug endet heute in Gotha. Sie müssen dort umsteigen.« Das Wort ›Schienenersatzverkehr‹ findet sich sowohl im Leipziger Duden als auch im »Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache« des Berliner Akademie Verlags. Es fehlt im »Österreichischen Wörterbuch«. Für den Einkauf muss man beherrschen: »Wann gibt es neue Ware?« »Wann bekommen Sie die nächste Lieferung?« »Wann kann ich wieder nachfragen?« »Gibt es noch Jeanshosen?« Kein Kunde, keine Kundin sagt (oder denkt wenigstens), »ich versuche es anderswo billiger zu bekommen«. Niemand fragt, »geben Sie Prozente/Rabatt?«. Verkäuferinnen sagen unter anderem: »Das haben wir (leider) nicht vorrätig.« »Das ist schon ausverkauft.« »Die Sahne ist gerade alle geworden.« »Damenstiefel sind zur Zeit nicht im Angebot.« »Gurken haben wir nicht mehr.« »Fragen Sie doch bitte in den

5 Johanna Hornik / Hannelore Remann: Wir führen Gespräche. Gesprächsbuch für Gehörlose. Berlin 1989.

nächsten Tagen / nächste Woche / Ende des Monats nach.« Und so weiter, usw.

Solche Äußerungen haben neben einer wörtlichen Bedeutung eine soziale Bedeutung. Der Rekurs auf sie bedeutet Aushandeln und Stabilisieren sozialer Beziehungen sowie Bezugnahme auf besondere soziale Welten. Wundert man sich zum Beispiel darüber, dass es keine Gurken, Damenstiefel oder Sahne gibt, hört man meist: »Sie wissen wohl nicht, wo Sie leben.« Der Bezug auf die besondere soziale Welt DDR wird eingeklagt – Wundern gilt nicht.

Soziale Erfahrung wird wesentlich auch sprachlich fixiert und reflektiert.

»Es bilden sich, immer im Umfeld von Kommunikationsgemeinschaften, immer bezogen auf Kontexte und Situationen, allmählich Zeichenbeziehungen heraus [...] Die Speicherung von Bedeutungen ist verbunden mit der Speicherung von Kenntnissen der kommunikativen Rahmenbedingungen der Wortverwendung, der Frequenz von bestimmten typischen Verbindungen.«⁶

Assoziationen zum Wort ›Einkauf‹ bei DDR-Bürgern nennen zum Beispiel neben den Subjekten (Kunde/-in, Verkäufer/-in) und Objekten (Waren) des Einkaufs, neben den Instrumenten (Geld, Korb) und Lokalen (Kaufhaus, Laden) überwiegend Probleme mit dem Einkauf: ›leere Läden‹, ›Schlange‹, ›sinnlose Rennerei‹ usw.⁷

Alltagserfahrung ist also für semantische Beschreibung zu rekonstruieren und es erklärt sich Semantik auch aus Alltagserfahrung. Einer solchen Semantik genügt die vornehmlich an sachlogischer Oppositionsbildung orientierte Systematisierung von Wortbedeutung in strukturalistischer Semantik nicht. Wortbedeutung stabilisiert sich vielmehr ebenso »auf der ständigen Referenz, auf den Erfahrungen, die man mit den Objekten macht«⁸.

6 Thea Schippan, unveröffentlichtes Manuskript.

7 Steffi Schramm: Untersuchungen zu assoziativen Verknüpfungen im Wortschatz. Diplomarbeit, Karl-Marx-Universität, Sektion Germanistik und Literaturwissenschaft. Leipzig 1988.

8 Hans Hannappel / Hartmut Melenk: Alltagssprache. Semantische Grundbegriffe und Analysebeispiele. München 1984. S. 115.

So gerät Land über soziale Erfahrung in Sprache. Verändern wir das Land, verändern wir die Sprache!

Diesem Befund war ein Jahr danach im Vortrag in Kopenhagen nichts grundsätzlich Neues oder anderes hinzuzufügen.⁹ Er konnte durch weitere Stellungnahmen ergänzt werden. Er konnte aber auch im Lichte neuerer Entwicklungen ergänzt und erweitert werden. Das werde ich in Auszügen zu belegen versuchen. Der Vortrag hatte allerdings eine Besonderheit im Vergleich zu dem von 1989, er fand vor Menschen statt, die sozialistische Verhältnisse nicht erlebt, nicht erfahren hatten. Darauf musste Rücksicht genommen werden. Zunächst die einführende Feststellung¹⁰:

Es muss gerade mit der Sprache dieser ehemaligen DDR etwas Besonderes auf sich gehabt haben. Sie war immer im Gespräch. Seit der Existenz der DDR wurde immer wieder die Frage gestellt, ob mit ihr auch eine Spaltung der Sprache vollzogen würde. Die Antworten waren unterschiedlich, die Frage blieb bis zum Schluss. Und als denn so gut wie Schluss war mit der DDR, wurde ihr Einfluss auf Sprache erst recht thematisiert, und heute ist die Zahl der Äußerungen über Sprache und Sprachlosigkeit in der DDR, über Befreiung der Sprache mit der Wende, über alte und neue Sprache kaum noch zu überblicken. Es muss was auf sich gehabt haben mit der Sprache.

Es ging dann wörtlich und ähnlich wie ein Jahr zuvor weiter:

»Die deutsche Sprache der DDR war keine Sprache für Liebeserklärungen, keine Sprache für Haus und Herd, sie war: eine Außer-Haus-Sprache. Sie stand in den Zeitungen. Sie war die Sprache nicht irgendeiner,

9 Vgl. dazu Peter Porsch: DDR: Alltag und Sprache. Was bleibt nach der ›Wende‹? In: Deutsch – Eine Sprache. Wie viele Kulturen? Vorträge des Symposiums abgehalten am 12. und 13. November 1990 an der Universität Kopenhagen. Hrsg. von Björn Ekmann, Hubert Hauser, Peter Porsch und Wolf Wucherpfennig. Kopenhagen, München 1991. S. 127–139 (Text & Kontext. Sonderreihe. Bd. 30 / Kopenhagener Kolloquien zur deutschen Literatur. Bd. 15).

10 Zitiert wird (mit eingefügten kleinen Ergänzungen und Abweichungen) aus dem in Fußnote 9 genannten Tagungsband. Der gesamte Text ist jedoch außer in Fremdzitaten – in die heute gültige Orthographie transformiert, offensichtliche Fehler wurden korrigiert.

sondern der Partei schlechthin, [...] Je garstiger die real existierende Realität sich zeigte, desto mehr stand die Sprache im Dienst einer stark geschminkten Wahrheit.«¹¹

Es waren also »Würgende und wirkende Wörter« wie Wolf Oschlies – kein DDR-Bürger – sein Buch über Deutschsprechen in der DDR nennt.¹² Der Rezensent dieses Buches, Wolfgang Fleischer, kann jedoch erleichtert feststellen, dass die Befürchtung von Wolf Oschlies, es könnte »die DDR infolge Honeckers ›Abgrenzung‹ in fremdsprachliche Provinzialität versinken«¹⁵ »durch den Gang der Ereignisse mit einem entschiedenen Nein zu beantworten sein«¹⁴ dürfte.

Dem folgte im Text die berechtigte Frage:

War denn öffentliche Sprache tatsächlich nur würgend? Oder konnte man sich nicht auch mit merkwürdigen Ungetümen dieser öffentlichen Sprache identifizieren?

Die Antwort geriet ausführlich, differenziert und komplex:

Peter Stahl sinniert über sachliche und auch sprachliche ›Verluste‹, die mit dem Tod der Ost-Mark einhergehen:

»Nun ist sie tot! Unsere, ach, so oft zu leicht verdiente Begleiterin in HO, WtB und FZR, in die Komplexannahmestellen, die Getränkestützpunkte und neuerschlossenen Erlebnisbereiche. Sie, die uns dazu verhalf, die Höhen der Kultur zu erstürmen, Nationalpreisträger zu bezahlen und Ehekredite zu tilgen (man konnte sie auch ›abkindern‹ – P.P.), sie, die nicht müßig war, Füllhörner zu füllen wie den Kulturfonds der DDR, das Konto junger Sozialisten, den Jahresendprämienfonds. Sie, die in klingender (oder scheppernder) Münze so großartige Orden und Ehren begleitete wie Aktivist der ersten Stunde, Held der sozialistischen Arbeit, Kollektiv der sozialistischen Arbeit, Karl-Marx- und Orden der Völkerfreundschaft, sie ist nicht mehr! Wie werden wir nun weiterleben ohne sie? So liebgewordene Sätze wie ›Sie werden placiert!‹, werden wir sie

11 Ernst Röhl: Deutsche Sprache der DDR. Nostalgischer Rückblick. In: Die Sprachpflege. Berlin. Jg. 1990. H. 3. S. 84.

12 Wolf Oschlies: Würgende und wirkende Wörter – Deutschsprechen in der DDR. Berlin 1989.

15 Vgl. ebenda. S. 162.

14 Die Sprachpflege. Jg. 1990. H. 3. S. 95.

noch vernehmen? Werden wir uns in Beschwerdebüchern noch über Sättigungsbeilagen, Beratungsmuster und Behelfsverpackungen für Vierfruchtarmelade äußern dürfen? Werden wir uns noch wundem können über Mitteilungen wie: Reserviert! Zur Zeit keine Bedienung! Wegen Warenannahme geschlossen! Aus technischen Gründen geschlossen! Und ist es nicht Poesie, wenn drei Tage lang im Ladenfenster hängt ›Ich komme gleich wieder?‹ [...] Die teure Tote regierte nach Plan. Unser und der Weg der Wirtschaft ward vorgezeichnet. Wir wollten überholen, ohne einzuholen, wir wurden berufsgelenkt und jugendgeweiht. Wir hatten unsere Hausgemeinschaft und unseren Vertrauensmann, den sozialistischen Wettbewerb, die Fahrt zum Ettersberg, unsere Pfingsttreffen mit Winkelementen, Traditionskabinette und Fahnenappelle, wir schlenderten durch die Straßen der Besten, wir hatten Erntekapitäne, Kombinate und PGH, LPG, BHG, VdgB, VEB und VEG.«¹⁵

Peter Stahl schlussfolgert:

»Mit ihr, unserer Mark, tragen wir vieles zu Grabe, viel Schlechtes, was mit ihr zu sterben verdient, viel Gutes, was wert gewesen wäre, bewahrt zu werden, währungsmäßig aber nicht zu erhalten ist: soz. Kulturgut? Erbpflege? proletarischer Internationalismus?«¹⁶

Sachverlust wird also auch zu Sprachverlust. Vielleicht war nicht jedes Wort ›würgend? Peter Stahl kommt so zum Ende: »Wir, die wir mit dem Pioniergruß groß geworden sind, wir gelernten DDR-Bürger verabschieden uns von ihr, das eine Auge wach und in die Zukunft gerichtet, das andere von einer Träne verschleiert. Und erhobenen Hauptes?«¹⁷

Ich meine schon, dass wir zunehmend zumindest öffentlich nicht mehr in der Lage waren »die Dinge in die eigene Hand, das Denken in den eigenen Kopf und die Sprache in den eigenen Mund zu nehmen«¹⁸. Das war aber nicht nur die Schuld der Politiker, noch weniger war es die Schuld der Sprache. Es war auch unsere eigene Schuld. Setzt man für den Neuanfang nicht schon wieder die »Präsupposition der Verdrängung« von Schuld, wenn wir eher mit dem Finger auf die Sprache zeigen, denn analysieren, wenn

15 Peter Stahl: Ostgeld. In: Sonntag. Berlin. Jg. 45, Nr. 29, 22. Juli 1990. S. 11.

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Michael Brie: Die Wende. In: Sonntag. Jg. 44, Nr. 45, 5. November 1989. S. 2.

der Topos von den ›würgenden Worten‹ Methodologie ersetzt und zur bloßen Sammlung bestätigender Wort- und Wendungsexemplare führt? Ich sehe die Parallelität zu den Verdrängungsmechanismen, die Konrad Ehlich für den Umgang der westdeutschen Gesellschaft mit dem Faschismus beobachtet: »Darin artikuliert sich eine neue Dreistigkeit des Anspruchs auf die Verfügung über den öffentlichen Diskurs«¹⁹. Ich insistiere auf der Parallelität. Ich verändere im folgenden Zitat von Ehlich nur das Präteritum zum Präsens:

»Diese ›neue Sicht‹ erlaubt es, sich auch weiterhin der eigenen geschichtlichen Verantwortung zu entziehen. Statt die eigene Tätigkeit kritisch zu verändern, beruhigen sich ›die Deutschen‹ dabei, daß ›es‹ über sie gekommen war. Es ist eine subtile Strategie, die eben jene pseudoreligiösen Unterwerfungen unter die ›umgewerteten Werte‹ [...] auch beim ›Abschwören‹ noch in einer ihren wichtigsten Voraussetzungen beibehält. Die Dämonisierung, die Erklärung, ja Verklärung zum ›Spuk‹ erübrigt die Einsicht. Sie dispensiert so von der mit ihr unumgänglich verbundenen Selbstkritik.«²⁰

Mit Ehlich war ich in meinem Vortrag bei dem nach dem Ende der DDR beliebten Vergleich ›ihrer‹ Sprache und ›ihrer‹ Kommunikation mit Sprache und Kommunikation im Faschismus. Der ›Vergleich‹ konnte produktiv sein, erkenntnisfördernd. Er verkam jedoch meist sehr schnell in der Gleichsetzung. Dem wollte ich entgegen, den Vergleich aber nicht scheuen, um zu differenzierter Einschätzung und zu einem aktuellen Befund zu kommen:

Das Aushandeln sozialer Wirklichkeit vollzieht sich, so kann man in einer ersten Trennung sagen, entweder in öffentlicher oder in privater Kommunikation. Diese beiden Bereiche gibt es in jeder Gesellschaft, die Fähigkeit der Sprecherinnen zum Umschalten vom öffentlichen zum privaten Register und umgekehrt eingeschlossen.

Es sind offensichtlich die Umstände in öffentlicher Rede gewesen und deren Reflex in Sprache, die zum Topos der ›würgen-

19 Konrad Ehlich: Über den Faschismus sprechen – Analyse und Diskurs. In: Sprache im Faschismus. Hrsg. von Konrad Ehlich. Frankfurt am Main 1989. S. 9.

20 Ebenda. S. 15.

den Worte« führten. Hier gab es die deutlichsten Besonderheiten. Ich will versuchen, sie kurz aufzuzeigen. Dabei verwende ich ein von Ehlich anhand der Analyse des Sprechens im Faschismus entwickeltes Raster. Es wird Parallelitäten, aber auch Unterschiede zeigen. Ich mache dies bewusst, weil der Vergleich des Sprechens im Sozialismus mit Sprechen im Faschismus recht häufig gezogen wird. Mit Ehlich kann man sagen, dass öffentliche und insbesondere öffentliche politische Sprache im Sozialismus genauso wie im Faschismus charakterisiert war durch:

Erstens ›Festlichkeit‹, vor allem in den ›Masseninszenierungen‹. Zu ihnen gehörten dann auch Textsorten wie ›Gelöbnis‹, ›Manifestation‹. Wir trafen uns zu ›Kundgebungen‹, nicht zu ›Demonstrationen‹. ›Kundgebungen‹ dienten der ›Willensbekundung‹. Vieles war ›symbolisch‹ bzw. ›gleichsam symbolisch‹, wie Egon Krenz einst im Überschwang sagte.

In dem Maße, wie das Medium Fernsehen die Expansion der Teilnehmer betrieb, wurde Visuelles als Symbol wichtiger. War die Semiotik des Faschismus eine, in der dem Hören ein zentraler Stellenwert zukommt, so ist es in der DDR mehr und mehr das Sehen. Ich verweise zum Beispiel auf die Festumzüge, die zu großen Ereignissen gehörten, mit Festwagen zur szenisch-figürlichen Nachbildung historischer Ereignisse oder Ähnlichem. Hier entstand weniger etwas Neues, es wurde eher der Karnevalsumzug (dessen Übertragung im Fernsehen in der DDR hohe Einschaltquoten hatte) mit der Aura der eigenen Festlichkeit umgeben und umfunktioniert. Zumindest in den letzten Jahren versuchte man, die ›bierernste‹ Kulthandlung mit Fackeln und Flammen, mit Hymnus usw. in die Lockerheit des Volksfestes zu überführen. Ersteres verschwand aber nie ganz. Diese Formen bringen »Partizipationserfahrung bei gleichzeitiger Ausschaltung realer Partizipation«²¹. Ein schönes Beispiel dafür lieferte ein Bericht von Ingo Scheller über ein Seminar mit Lehrerinnen aus der DDR, in dem mit szenischen Mitteln eigene Befindlichkeit zum Ausdruck gebracht werden sollte: Bei der Aufforderung, eine Demonstration zu spielen, kam erstens die Frage, »vor oder nach der

21 Ebenda. S. 21.

Wende«. Bei der Entscheidung für vor der Wende wurde eine Maidemonstration gespielt. Auf Befragen äußerten alle Beteiligten, Freude oder Begeisterung zu verspüren. Dies wäre auch tatsächlich so gewesen, auch wenn man heute anders über die Dinge denke.²²

Zweitens verweist Ehlich auf die ›propositionale Reduktion‹ als Merkmal öffentlicher politischer Rede im Faschismus. »Sie entwickelt Angebote der Komplexitätsreduzierung«²³. Bei dieser Erscheinung gab es m. E. keine einfache Parallelität. Es gab solche Versuche, insbesondere gab es die auch von Ehlich angegebenen »Verheißungen einer einfachen Welt«. »Solche Verheißung stellt Veränderungen in Aussicht, die – scheinbar ohne Kosten – die Individuen ihrer aktuellen ideologischen wie materiellen Probleme entheben sollen.«²⁴ Es wäre jetzt müßig über all die Vorgriffe auf den ›Kommunismus‹ zu sprechen. Im letzten Parteiprogramm der SED, angenommen auf dem IX. Parteitag 1976, wird beschrieben, was man darunter versteht. Linguistisch wichtiger ist, dass die Verheißung durch übermäßige Attribuierung mit ›sozialistisch‹ und dann ›kommunistisch‹ als bereits real vollzogen oder erlebbar bevorstehend in die öffentliche Kommunikation gebracht wurde. Dabei wurden die Bestimmungsversuche des Programms ganz gewiss nicht immer mitgedacht. Im Gegenteil, hier spekulierte man auf propositionale Reduktion und eine positive Konnotation der Worte.

Betrachtet man nun ein drittes Merkmal Ehlichs für Sprechen im Faschismus, den ›Befehl‹, so wird deutlich, dass propositionale Reduktion nicht ausreicht, zumindest nicht als einfache Technik, Strategien des Sprechens im »real existierenden Sozialismus«, zu beschreiben. Wir sprechen zwar heute von ›Kommandowirtschaft‹, und dennoch hat der ›Befehl‹ kein einfaches Analogon in dem, was ›gesellschaftliche Disziplin‹ oder ›Partei- und Staatsdisziplin‹ genannt wurde. Zu den illokutiven Handlungsmustern

22 Ingo Scheller: Deutschland einig Vaterland? Versuch zum erfahrungsbezogenen Umgang mit den fremden Schwestern. Oldenburg 1990.

23 Konrad Ehlich: Über den Faschismus sprechen. S. 22.

24 Ebenda.

des ›Befehls‹ zählt Ehlich die »systematische Eliminierung der Hörer-Entscheidung und des Hörer-Bewußtseins«, den »Umschlag des sprachlichen Handelns in unmittelbare Gewalt«, »eine verordnete Sprachlosigkeit der Adressaten«²⁵. In der Weise realisierte sich das ›Kommando‹ in der DDR nicht. Es gab vielmehr eine kompliziert aufgebaute und kommunikativ durch spezifische Textsorten genau kontrollierte Vortäuschung öffentlichen Diskurses über alle politischen und ökonomischen Fragen: »Arbeite mit, plane mit, regiere mit«. Das ›Mit‹ hätte allerdings misstrauisch machen müssen. Es ist fast eine Art Freud'scher Fehlleistung, die wir kaum bemerkten. Da waren also welche, die arbeiteten, planten und regierten, und wir durften mitmachen. Es war genau so. Die Regierenden gaben ›Rechenschaft‹ auf Parteitag, Tagungen des Zentralkomitees, Tagungen von Zentralräten, Parlamenten, Konferenzen. Alle Lebensbereiche waren flächendeckend mit solchen Ereignissen ›versorgt‹. Es gab also den Diskurs über alles und alle. Die Diskursstrategie war jedoch spezifisch und letztlich nicht diskursiv, obwohl das auch nicht ausschließlich. Der ›Rechenschaftslegung‹ folgte im normalen Ritual die ›Aussprache‹. Bei der Rechenschaftslegung wurde nachgewiesen, dass die Beschlüsse der analogen vorhergehenden Tagung, Konferenz und Ähnlichem erstens richtig waren und zweitens schöpferisch umgesetzt wurden, kurz, dass die Herrschenden eigentlich alles richtig gemacht hatten, natürlich aber auch unvorhersehbare Probleme auftauchten (das ›Leben‹), die nun eigentlich die neue Konferenz legitimierten. Die Aussprache verlief im Prinzip ähnlich. Die ›Basis‹ berichtete, wie sie schöpferisch mit den Beschlüssen der vorhergehenden Tagung umgegangen war, im eigenen Tätigkeitsbereich. Hier durften Probleme durchaus genannt werden: als Ergebnisse eigener Unzulänglichkeit, die schließlich überwunden wurden, und als Probleme der Weiterentwicklung, die letztlich die neue Konferenz oder Tagung legitimierten, weil neue ›Beschlüsse‹ gebraucht wurden. Als dritter Teil folgte die ›Directive‹, an deren Ausarbeitung die Basis jedenfalls auf der Konferenz de facto kaum Anteil hatte. Sie war bereits vorher fertig, aller-

25 Ebenda.

dings auch nicht ganz ohne Beteiligung der Basis. Hier spielte der ›Bericht‹ eine große Rolle. Er war in allen Institutionen monatlich fällig. Die ›Direktive‹ konnte diskursiv nicht mehr in Frage gestellt werden, sie wurde vielmehr ›ausgewertet‹ in ›Anleitungen‹. »Wir erschlossen uns den Ideenreichtum usw.« und wendeten ihn ›schöpferisch an‹. Wir waren nicht sprachlos wie beim Befehl, wir sprachen aber letztlich nur darüber, wie die Dinge ›noch besser‹ getan werden können – der ›sozialistische Papperlativ‹. Wir sprachen ›in Auswertung von‹ und erarbeiteten dafür Argumentationen. Das Ganze hieß ›demokratischer Zentralismus‹. Über die gesellschaftlichen Strukturen und Machtverteilung sprachen wir nicht, über Alternativen zur Direktive auch nicht. Rechenschaftsbericht und Direktive mussten sprachlich so gefasst sein, dass sie in allen Lebensbereichen schöpferisch anzuwenden waren. Das machte sie zu Texten von allgemeinsten Oberbegriffen (vergleiche zum Beispiel ›verteilbares Endprodukt‹), deren inhaltliche Füllung oder Spezifizierung kaum noch gelang. Dennoch bezog man sich in der Aussprache auf diese Begriffe, artikuliert sich auch in ihnen. Meist jedoch war der Bezug äußerlich. Man behandelte mit diesen Worten nicht Dinge und Probleme, sondern signalisierte durch die Wortwahl grundsätzliche Übereinstimmung, Loyalität, danach folgte Konkretes, das in seiner Alltäglichkeit dann oft fast hilflos wirkte. Die Oberbegriffler waren demnach umso angesehener. Sie konnten Chinesisch – ›Partei-chinesisch‹. Die Worte waren ›würgend‹, weil wir uns in ihnen äußern wollten und es nicht gelang.

Jetzt zeigt sich auch der mögliche Verdacht ›propositionaler Reduktion‹ in neuem Licht. Der Oberbegriff war extensional (bezüglich der Gesamtheit der Gegenstände, die unter den Begriff fallen) maximal weit, intensional (bezüglich des Begriffsinhalts) maximal reduziert. Es gab eine ›Verkomplizierung‹ der Sprache als Versuch, die Komplexität der Prozesse zu erfassen und ›allseitig‹ zu beherrschen, von einem einzigen Zentrum aus. In dem Maße, wie das nicht ging, verkam Komplexität in Inhaltsleere. Das ganze ›diskursive System‹ konnte nicht mehr funktionieren. In dem Maße, wie die Lage komplizierter wurde, trat tatsächlich

wieder der Befehl in sein Recht. Nur, er wurde zunehmend verweigert. In den Institutionen forderte man zumindest die Nutzung der gewohnten Gesprächsstrukturen für die Verständigung von oben nach unten, zunehmend auch umgekehrt.

Das führt aber zu einem neuen Problem. Hatte man denn überhaupt eine Sprache für eine solche Verständigung? Die Sprache war erstarrt. Sie taugte nicht mehr, verwendete man sie aber nicht, verweigerten die oben das Gespräch.

Ganz sicher taugte die bisher besprochene Sprache kaum zum In-Frage-Stellen des politischen Systems oder des Systems von Gesprächshandlungen bzw. -ritualen. Dies wuchs sich zu einem besonderen Problem aus: Im Herbst 1989 hatten Widerstand und besondere Identität aus dem DDR-Erlebnis heraus ihre Sprache gefunden – in den Losungen der Demonstrationen: »Wir wollen raus«, »Wir bleiben hier«, »Das Volk braucht die SED wie der Fisch das Fahrrad«, »Mit dem Fahrrad durch Europa, aber nicht als alter Opa«, »Mit der SED sitzen wir in der letzten Reihe«, »Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei«, »Nicht abspeisen lassen, selber kochen«, »Vierzig Jahre DDR – Ruinen schaffen ohne Waffen« usw.

Dies war Sprache der Kritik und des Widerstandes; gewaltlos; geboren aus den Alltagserfahrungen; sarkastisch-witzig, nicht zuletzt aus der Erkenntnis, Gewalt nichts entgegensetzen zu können; gespeist aus der Verbindung mit schon lange aufmüpfigen Subkulturen. Das war ein großer Vorteil dieser Sprache, weil sie so mobilisierte ohne aufzuputschen. Sie wurde verstanden, weil sie Identität transportierte. Das war die Voraussetzung für die Mobilisierung von Auflehnung. Diese Sprache hatte aber auch einen jetzt unübersehbaren Nachteil. Mit ihr waren keine wirklichen Programme zum Aufbau der Alternative zu formulieren. Die in den Losungen enthaltenen Handlungsaufforderungen wirkten durch ihre Paradoxie, wurden aber nicht wörtlich genommen.

Programmatisches im Herbst 1989 artikulierte sich vielmehr zunächst noch in Termini der klassischen Arbeiterbewegung (vergleiche »Böhlener Initiative«) oder – und das hauptsächlich – in einer aus der BRD übernommenen »grün-alternativen-intellek-

tuellen« Sprache; in beiden Fällen mit wenig Resonanz. Den Sieg im Bereich der Programmatik trug hingegen mehr und mehr die ›Sprache‹ der bundesdeutschen Alt-Parteien davon. Diese Sprache kannten die Massen durch die westlichen elektronischen Massenmedien. Programm verkam recht bald in Werbung – Wahlwerbung. Es bewahrheitete sich offensichtlich die Warnung des Neuen Forums, die Träger des Herbstes 89: »Die Parteien wollen Eure Stimme.« Der Vorschlag, »Wollt Ihr sie behalten, wählt Neues Forum«, ging ins Leere. Die Stimmen – eben erst gewonnen – wurden wieder abgegeben. Im Herbst 1990 wirbt man bereits mit so sinnigen Losungen wie, »Für klare Verhältnisse in Sachsen.« »Jetzt geht es um uns«, »Oskar Lafontaine – Der Neue Weg«²⁶. Es war ähnlich, wie von Michael Böhler auf diesem Symposium für die Ästhetik der Differenz beschrieben. Wir kritisierten uns aus der Sicht der Fremden bzw. Abwesenden, wir konnten nur ihre Alternative denken. Wenn aber etwas unausgesprochen bleibt, bleibt die Spaltung – trotz, ja wegen der Einheit.

»Wer keine Sprache hat und entwickeln konnte, schweigt oder leiht sich die, die ihm zur Identitätsbildung am meisten geeignet zu sein scheint. So greifen, müssen viele DDR-Bürger zu den in den öffentlichen Medien der BRD angebotenen Begriffen greifen, um ihre Erlebnisse, ihren Alltag zu interpretieren – als defizitär natürlich. Verdrängt wird Leben, Kultur, Geschichte, vergessen werden gerade jene Anteile, die schön waren, auf die man stolz sein konnte, bei denen man mit sich identisch war.«²⁷

Ob man die Spaltung überwinden kann, indem man das Unausprechliche vergessen zu machen versucht, indem man ›abwickelt‹ anstatt bewältigt? Freilich konnten die alten BRD-Bürgerinnen und Bürger dabei ruhiger schlafen. Eine solche Situation bestätigt ihre Größe.²⁸ Und wer wagt heute ernsthaft, an dieser Größe zu zweifeln?

Verswindet denn nun auch die alte Sprache politischer Rede in der DDR? Man sollte es doch meinen, und es wird im Wesent-

26 Dass es mit diesem ›Oskar‹ dann ganz anders kam, war 1989 nicht abzu-
sehen und auch nicht 1990, als dieses Referat gehalten wurde.

27 Scheller: Deutschland einig Vaterland? S. 5.

28 Vgl. ebenda.

lichen wohl auch so sein, vor allem in der konkreten Begrifflichkeit. Wo aber Struktur und Funktionalität der bisherigen Sprache noch auf Kommunikationsbedürfnisse stoßen, werden sie weiterleben. Folgendes reicht nicht für eine Theorie, ist aber nicht uninteressant: Der soeben neugewählte Präsident des Sächsischen Landtages begann seine Antrittsrede mit den Worten, »Es ist gleichsam symbolisch«. Interessant ist der alt-strukturell und alt-funktional vorgegebene Einstieg in die Rede in dieser Situation²⁹, noch interessanter ist, dass dabei nicht einmal der tautologische Nonsens der Verknüpfung von ›gleichsam‹ als Attribut mit ›symbolisch‹ vermieden wurde. Merkwürdigerweise ging die Sache so weiter: Der ehemalige »Landesbeauftragte für die Bildung des Landes Sachsen« löste seine Aufgabe der Begründung des Gesetzes zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Landtages durch einen, wie er selbst es bezeichnete, ›Rechenschaftsbericht‹. Mag sein, ein solcher war angemessen, kann doch aber auch sein, dem Abgeordneten fiel unter dem konkreten Kommunikationszwang nichts anderes ein.

Die Sprache der Rechenschaftsberichte, Aussprachen, Direktiven, Anleitungen und Auswertungen war, das ergab sich aus dem damit verbundenen Handlungsanspruch, eine Sprache der Inbesitznahme von Subjekten. Diese hatten der Direktive gemäß zu handeln, nur darüber war Verständigung zugelassen. Die Subjekte waren eigentlich Objekte. Sie wurden für die Rednerinnen zu ›unseren Menschen‹, ›unseren Schülern‹, ›unseren Kunden‹ usw. Das Possessivpronomen blieb kaum wo aus. Faulseit und Kühn kritisierten diesen Fakt bereits 1974, erstaunlicherweise in einem Kapitel ihres Buches »Die Sprache des Arbeiters im Klassenkampf«, das mit »Die Sprache der Partei – die Sprache des Volkes« überschrieben war:

»Wir denken auch nicht nach. Wollen wir sie denn als unser ›Besitztum‹ betrachten, wollen wir uns über sie stellen? Das kann doch keiner im

29 Für diese Formulierung gebührt Egon Krenz die Urheberschaft.

Ernst wollen! Das stünde unserer sozialistischen Gesellschaft schlecht an! Also steht uns auch ein solcher Ausdruck schlecht an.«⁵⁰

Seit endgültig klar ist, dass nicht die Bürgerbewegungen von 1989 in einem basisdemokratischen Diskurs das Sagen haben, sondern die Repräsentanten repräsentativer Demokratie, hört man von Letzteren ganz deutlich und recht häufig wieder das Possessivpronomen vor ›Menschen‹, ›Bürger‹ und ›Bürgerinnen‹. Der Ministerpräsident des Landes Sachsen hielt bei seiner Regierungserklärung die Formulierungen ›unsere Menschen‹, ›unsere Bürgerinnen und Bürger‹, soweit es das Possessivpronomen betraf, konsequent durch. Nur beim Splitting ›Bürger und Bürgerinnen‹ verließ ihn bald die Kraft und er reduzierte wieder auf das generische, Frauen (vielleicht) einschließende, Maskulinum ›Bürger‹. Zum Vereinnahmen der Menschen auch durch legitimierte Machträger taugt also zumindest ein Teil unserer überkommenen Sprache weiter. Oder muss man nicht vermuten – der Sächsische Ministerpräsident stammt ja nicht aus der DDR und hat deren Sprache nicht gelernt – es gäbe generelle Merkmale der Sprache der Macht, die wir ›beschränkten‹ DDR-Bürger bloß als typisch für uns hielten? Ich meine allerdings, legitimierte Macht sollte sich auch sprachlich von nicht-legitimierter abheben. Legitimierte Macht vertritt die Menschen, sie besitzt sie nicht.

Aushandeln sozialer Wirklichkeit geschieht natürlich nicht nur im öffentlich-offiziellen, politischen, staatlich institutionalisierten Diskurs. Mit dem oben zitierten Hinweis auf die Poesie eines drei Tage im Ladenfenster hängenden Schildes »Komme gleich wieder« verweist Peter Stahl natürlich auch auf eine nicht immer von Poesie durchdrungene Kommunikationskultur zwischen Funktionsträgern bzw. Vertretern von Institutionen und ›ihren‹ Menschen im Alltag. Es gab zu viele kategorisch fordernde Texte, vor allem an Kunden, Gäste, Benutzer von Einrichtungen gerichtet. Der Unterschied ist doch beträchtlich, wenn auf der Rückseite eines Freifahrtscheines der Deutschen Bundesbahn steht, »Sollte Ihnen die Fahrkarte verloren gehen, wären wir Ihnen dankbar,

⁵⁰ Dieter Faulseit / Gudrun Kühn: Die Sprache des Arbeiters im Klassenkampf. Berlin 1974. S. 137.

wenn Sie die Ausgabestelle hiervon möglichst bald unterrichten würden«, während die Deutsche Reichsbahn dort nur schreibt, »Der Verlust ist der ausgebenden Stelle sofort anzuzeigen.« Auch heute orientiert man sich vielleicht noch zu oft am alten Stil (»Barscheckannahme nur mit Bankleitzahl«), manchmal schon am Kundengewinn (»Lieber Kunde! Beachten Sie bitte folgenden Hinweis: Barschecks werden gegen eine Gebühr von DM 0.50.– angenommen. Vielen Dank!«). Manchmal wird übertrieben: »Dem internationalen Trend folgend verabreichen auch wir jetzt Rohkost. Besuchen Sie bitte unser Salatbuffet im Erdgeschoß.« Wohlan!

Es bleibt nun den Leserinnen und Lesern überlassen einzuschätzen, was an Bedeutsamkeit der Vorträge von 1989 und 1990 heute geblieben ist.

RUTH GEIER

Reden der Wende – Wende der Reden

In diesem Jahr steht die Wendezeit im Fokus vieler Wissenschaften, jährt sie sich doch zum 25. Mal. Auch Sprachwissenschaftler werden sich mit ihr befassen. Unser Ansatz soll sich auf zwei Reden des Herbstes 1989 konzentrieren und diese vor allem unter dem rhetorischen Aspekt der Angemessenheit betrachten, er geht also über die Lexik hinaus. Konkret sind fokussiert die Redner, ihre Intentionen und Adressaten. Dabei soll »Sprache der Wende« verstanden werden als

»eine Bezeichnung, die mit der Wende entstand und von da aus durch die Medien ging, um etwas zu benennen, das in Reden, Texten und in der Kommunikation als anders, als neu empfunden wurde, im Vergleich zu dem, was bis zu diesem Zeitpunkt als ›normal und üblich‹ angesehen wurde«¹.

Phasen der Wende

Die Wende umfasst den Zeitraum vom Oktober 1989 bis zum März 1990, sie wird umrahmt von zwei außersprachlichen Ereignissen, dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 und der Volkskammerwahl im März 1990. In dieser Zeit vollzogen sich die wesentlichen Ereignisse, die ich als primär verantwortlich für den Wandel der DDR vom real existierenden Sozialismus zu einem Staat nach westlichem Demokratieverständnis fasse. Die Volks-

1 Christine Teichmann: Von der »langue du bois« zur »Sprache der Wende«. In: Muttersprache. Wiesbaden. Jg. 101. 1991. H. 3. S. 252. – Wir sprechen von ›Wende‹, weil sich das Wort im Alltagssprachlichen Gebrauch durchgesetzt hat, u. a. weil es eben sprachökonomischer ist als ›friedliche Revolution‹.

kammerwahl 1990 hatte diesen Wandel zwar nicht vollendet, aber die Grundlagen für die Einigung Deutschlands geschaffen. Bis zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurden dann nur noch die Modalitäten der Einheit ausgehandelt.²

Die Zeit vom Oktober 1989 bis zum März 1990 aber ist nicht homogen, es liegen deshalb in der Literatur auch unterschiedliche Ansätze zur Gliederung vor, die von ihren jeweils eigenen Forschungsinteressen geleitet sind.

Burkhardt³ gliedert nach dem Zustand des Parlamentarismus in eine DDR- oder Betonphase und datiert diese bis zum 13. November 1989, ihr folgte die Wendephase, eine Art Übergangsparlament, datiert bis zum 7. März 1990. Mit dieser Einteilung sind aber nur beschränkte Ausschnitte der DDR-Öffentlichkeit erfasst.

Die friedliche Revolution im Herbst 1989 ging vom Volk aus, von der Masse. So versucht Schindelbeck, Kategorien der Massenpsychologie bei einer Untersuchung des Ablaufs der Wende zugrunde zu legen. Dabei kommt er zu folgender zeitlichen Strukturierung:

1. Entstehungs- und Akkumulationsphase bis zum 9. Oktober 1989.
2. Auslebensphase bis zum 9. November und
3. Umwidmungs- und Auflösungsphase nach dem 9. November.⁴

Hellmanns Ausgangspunkt einer Gliederung ist primär zwar durch außersprachliche Entwicklungen determiniert,

2 In einer Fernsehsendung des MDR am 30. August 1999 sagte Erich Loest, die Ziele der Wende, nämlich Reise- und Pressefreiheit sowie Aufhebung des Ein-Parteien-Systems in der DDR, seien bereits Ende 1989 verwirklicht worden. Geht man allein von diesen Zielen aus, wäre zu diesem Zeitpunkt auch die Wende abgeschlossen.

3 Armin Burkhardt / K. Peter Fritzsche (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachgebrauch im Zeichen von ›Wende‹ und ›Vereinigung‹. Berlin, New York 1992.

4 Dirk Schindelbeck: Leipzig, Oktober 1989: »Jeder bringt noch einen mit ...« Die Angst des Staates vor der Masse. In: Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR. Hrsg. von Monika Gibas et al. Leipzig 1999. S. 235f.

»denen gleichwohl bestimmte typische Wörter, Wendungen oder Losungen, aber auch bestimmte dominante Themen, zum Teil auch Textgruppen bzw. Verfassergruppen und, so ist zu vermuten, auch charakteristische Bündelungen sprachlicher Merkmale zuzuordnen sind«⁵.

In seiner Einteilung werden somit in besonderem Maße die Textproduzenten berücksichtigt. Er kommt zu folgenden Rahmendaten:

»1. Vorphase: Sommer und Frühherbst 1989. Von der (gefälschten) Kommunalwahl bis zum 40. Jahrestag der DDR (7. Oktober). Vokabelbeispiele: *Sozialismus in den Farben der DDR, staatsfeindliche Kräfte, Ausreisedruck, Dableiber, Rückkehrwillige, Botschaftsflüchtlinge, Friedensgebet, Zuggeführte, chinesische Lösung.*

2. Heiße Phase: Vom 40. Jahrestag bis zur Grenzöffnung (Nov./Dez. 1989). Vokabularbeispiele: *Montagsdemo, gesellschaftlicher Dialog, Bürgerbewegungen, friedliche/sanfte Revolution, moderner/attraktiver Sozialismus, Wendezeit, Maueröffnung, Mauerspecht.*

3. Wahlvorbereitungsphase: Von der Grenzöffnung bis zur Volkskammerwahl (Dez. 1989 bis 18. März 1990). Vokabularbeispiele: *Amt für Nationale Sicherheit (AfNS), runder Tisch, Stasi-Auflöser, Blockflöten, Allianz für Deutschland, Ost-SPD, West-Grüne, Konföderation, Vereinigung.*

4. Vereinigungsphase 1: Von der Volkskammerwahl zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (März 1990 bis Juli/August 1990). Vokabularbeispiele: *DM-Einführung, Umstellungsantrag, Alu-Chips, Einkaufstourismus, Kommandowirtschaft, Noch-DDR, Privatisierung,*

5. Vereinigungsphase 2: Von der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zur staatlichen Vereinigung (August 1990 bis Oktober 1990). Vokabularbeispiele: *Einheitsgalopp, Einigungsvertrag, Fest der Einheit, Beitrittsländer, Altbundesländer, Zwei-plus-Vier-Gespräche, BRDigung der DDR, Treuhandschaft, Abwicklung.*⁶

Hellmanns Einteilung der Wende-Zeit ist, obwohl sie außersprachliche sprachliche Gegebenheiten berücksichtigt, dennoch für meinen Untersuchungsansatz nur bedingt geeignet. Ursache ist das Ziel Hellmanns, ein lexikalisches Wendekorpus zu er-

5 Manfred W. Hellmann: Die Leipziger Volkszeitung vom 27.10.1989 – eine Zeitung im Umbruch. In: Muttersprache. Wiesbaden. Jg. 103. 1993. H. 3. S. 187.

6 Ebenda. S. 187f. – Die Vereinigungsphase bleibt aus bereits genannten Gründen im Wesentlichen in meiner Analyse ausgespart.

stellen. Eine Konzentration auf die Lexik aber würde bei meiner Untersuchung nicht alle Momente des rhetorischen Wandels erfassen. Sie würde zum Beispiel die Inhalte und Zielsetzungen der Reden nur sehr fragmentarisch und eher zufällig berücksichtigen.

Inhalte von Reden und damit auch die Intentionen der Redner lassen sich erfassen, erstellt man eine weitere Gliederung im Anschluss an Hirschman.⁷ Dieser bezieht sich auf eine Veröffentlichung von Marshall aus dem Jahre 1949, der drei Etappen innerhalb der Entwicklung der Bürgerrechte skizziert: den Kampf im 18. Jahrhundert um Freiheitsrechte, im 19. Jahrhundert um politische Rechte und im 20. Jahrhundert um soziale Rechte. Diese Etappen sind m. E. auch in der Wende in vielem nachvollziehbar. Vor allem der Kampf um Freiheitsrechte, also primär um Rede- und Pressefreiheit war bis zum 4. November 1989 dominierend und fand an diesem Tag seinen Höhepunkt in der Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz.

Am besten geeignet erscheint mir jedoch eine Gliederung nach den dominanten Losungen, weil sie am ehesten die Befindlichkeit der DDR-Bevölkerung, im wahrsten Sinne des Wortes die vox populi widerspiegeln und Ziele der einzelnen Etappen formulieren.

- | | |
|----------------|---------------------------------|
| 4. September | »Wir wollen raus« |
| 5. September / | |
| 2. Oktober | »Wir bleiben hier« |
| 6. Oktober | »Wir sind das Volk« |
| 13. November | »Wir sind ein Volk« |
| 13. November | »Deutschland einig Vaterland« |
| aber auch: | »Wir lassen uns nicht BRDigen«. |

Ganz deutlich wird, wie schnelllebig damals die Zeit war; was heute den Erwartungen entsprach, war morgen schon überholt. Die Ereignisse waren schneller als die schnellsten Wörter und Sätze. Deutlich wird aber auch, wie sehr sich die Erwartungen änderten, ja umkehrten, sind doch die Losungen zum Teil Belege für sprachliches Entgegensetzen.

⁷ Albert O. Hirschman: Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion. München, Wien 1992. S. 15f.

Alle Strukturierungsansätze der Wende-Zeit markieren die Grenzöffnung am 9. November als wesentlichen Einschnitt, deshalb soll der 4. November als Höhepunkt der Wende betrachtet werden, er liegt in der Zeit, in der der »politische und soziale Ernstfall der Rhetorik«⁸ eingetreten war.

Wesentlich waren in der Zeit der Wende bis zum 4. November u. a. die kollektive Aufarbeitung der Vergangenheit, die Möglichkeit, sich öffentlich zu bestätigen, dass über die Ablehnung des (stalinistischen) Sozialismus in der DDR Konsens herrschte, also quasi oppositionelle Gedanken öffentlich machen zu können. Die Diskussion über die Zukunft unterblieb in der Euphorie des neuen öffentlichen Zustandes oder war nur rudimentär.

Reden in der DDR

Pollack⁹ nennt als symptomatisch für die Gesellschaftsstruktur der DDR eine Entdifferenzierung. Das bedeutete u. a.,

»daß alle gesellschaftlichen Teilbereiche der Herrschaft des Politischen unterstellt und dadurch in ihrer Autonomie und in der freien Verwirklichung ihrer systemspezifischen Prinzipien eingeschränkt waren. [...] Die SED-Führung nahm eine Ebenenverwischung vor und richtete die gesamte Gesellschaft als ihre Organisation ein.«

Eine entsprechende Entdifferenzierung vollzog sich auch sprachlich. »Die SED hatte nur einen Ton, und den gab die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus vor, ganz gleich, in welcher Umgebung, aus welchem Anlaß und mit welcher Absicht zu reden und zu schreiben war.«¹⁰

8 Gert Ueding: Rhetorik des Schreibens. Eine Einführung. Frankfurt am Main 1991. S. 14.

9 Detlef Pollack: Das Ende der Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: Zeitschrift für Soziologie. Berlin. Jg. 1990. H. 4. S. 294.

10 Erhard Eppler: Kavalleriepferde beim Honsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache. Frankfurt am Main 1992. S. 43.

Das heißt *erstens*: In der öffentlichen Sprache der DDR verlief die Kommunikation einseitig von oben nach unten. Alltagssprache und öffentlicher Sprachgebrauch waren zwei Codes, und jeder DDR-Bürger beherrschte das Code-switching.

Zweitens: Die öffentliche Sprache der DDR war der Sprachgebrauch einer Partei, deren Ideologie als Wissenschaft angesehen wurde. Damit trug er alle Züge einer Wissenschaftssprache wie Rationalität und Dominanz von Termini und standardisierten Formen. Der Repräsentant war quasi oder faktisch identisch mit dem Parteivorsitzenden/Generalsekretär der SED.

Drittens: DDR-Reden waren nicht für das Hören, sondern für das Lesen bestimmt. Ihr hoher Grad an Normierung und Standardisierung erforderten vom DDR-Bürger ein Studium der Reden. Sie wurden »ausgewertet«.

Diese Erscheinungen wurden zwar wiederholt kritisiert, u. a. von Honecker selbst. So sagte er auf dem VIII. Parteitag der SED 1971, die öffentliche Sprache sei gekennzeichnet durch »langweilige Doziererei und schulmeisterliche Belehrung, [...] pseudo-wissenschaftlichen Pomp, die übertriebene und formelhafte Behandlung mancher Fragen, die schwerverständliche Sprache. [...] Vieles wirkt nüchtern, blutleer und trocken.«

Erst in der Wende aber sind Voraussetzungen gegeben, um auf die Analyse von DDR-Reden die Regeln der Persuasiven Kommunikation anzuwenden, wie sie von Kopperschmidt bereits 1976¹¹ formuliert wurden. Er nennt sieben Bedingungen, die für das Überzeugen obligatorisch sind. Die erste Regel besagt, dass der Persuasive Sprechakt dann und nur dann gelingt, »wenn D (der Redner – R. G.) nicht nur subjektiv willens, sondern auch faktisch in der Lage ist, mit S (dem Hörer – R. G.) als gleichberechtigtem Kommunikationspartner zu interagieren«¹². Es muss

11 Josef Kopperschmidt: Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der Persuasiven Kommunikation. Stuttgart [u. a.] 1976. S. 84ff. – Ähnlich auch bei Uwe Pörksen: Talk oder Debatte. Vom Verschwinden der Entscheidungsrede. In: Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen. Frankfurt am Main, New York 2014. S. 268.

12 Kopperschmidt: Allgemeine Rhetorik. S. 87.

also Redefreiheit bestehen.¹⁵ In einer zweiten Regel bezieht sich Kopperschmidt stärker auf das Ethos des Redners, seine Glaubwürdigkeit: »Der Persuasive Sprechakt gelingt dann und nur dann, wenn D an einer argumentativ erzielten Verständigung (Konsens) mit S ernsthaft interessiert ist.« In diesem Kontext wäre demnach zu fragen, ob Redner wie Krenz überhaupt zu einer gelingenden Persuasiven Kommunikation fähig waren.

»Schließlich geht D, vorausgesetzt, dass er fähig wie aufrichtig bereit ist, mit S in einen Persuasiven Dialog einzutreten, zugleich gegenüber S eine Verpflichtung ein; eine Verpflichtung nämlich, bei einem möglicherweise ausbleibenden Überzeugungserfolg keine persuasionsfremden Repressalien gegenüber S einzusetzen.«¹⁴

Damit sind nach dieser dritten Regel in der Persuasiven Kommunikation bestimmte Sprechakte wie zum Beispiel Drohen – in der Krenz-Rede ist es noch zu finden – ausgeschlossen. Die beiden nächsten Regeln sind Hörerorientiert. Persuasive Kommunikation ist nur dann erfolgreich, wenn die Hörer zum einen gewillt sind, sich überzeugen zu lassen, zum anderen aber auch bereit sind, gemäß ihren neuen Überzeugungen zu handeln. Die siebte Regel letztendlich thematisiert den Gegenstand der Persuasiven Kommunikation. Diese gelingt nur bei einem von beiden Kommunikationspartnern als strittig empfundenen Gegenstand. Als strittig wären die weitere Gestaltung der Zukunft und die Verarbeitung der Vergangenheit, damit verbunden solche praktischen Fragen nach der Staatssicherheit und der Bestrafung der ›Täter‹, zu kategorisieren.

Ich versuche jetzt, diese Bedingungen des Gelingens auf die kommunikativen Verhältnisse in der öffentlichen Kommunikation der DDR anzuwenden: Die führende Rolle der Partei verhinderte a priori eine Kommunikation zwischen gleichberechtigten Partnern. Auch innerhalb der Partei unterlag Kommunikation dem ›Leninschen Prinzip‹ des ›demokratischen Zentralismus‹. Öffentlich gemacht wurde es in der DDR durch die Rede Otto Grotewohls

15 Ebenda. S. 115.

14 Ebenda. S. 89.

über die »Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus« auf der 1. Parteikonferenz im Februar 1949. Grotewohl verkündete, der Parteiorganismus sei nur dann »gesund und leistungsfähig, wenn alle Glieder die Anweisungen des Kopfes der Partei befolgen«¹⁵. Die Hierarchie auf der Parteiebene wurde übertragen auf alle öffentlichen Kommunikationssituationen, auch wenn in ihnen die soziale Rolle und der Parteirang irrelevant gewesen wären. Volmert¹⁶ vergleicht situationsüberdauernde Rollen mit dem Image eines Sprechers, sie sind demnach nicht nur durch ein Merkmal des Sprechers charakterisiert. In der DDR-Öffentlichkeit wurde aber das Merkmal »Stellung in der Parteihierarchie« als so dominant gesehen, dass andere Aspekte einer Rollengebundenheit wie ereignisbezogene sekundär und vernachlässigt wurden.¹⁷

Die realen Machtverhältnisse standen der Realisierung auch der zweiten und dritten Bedingung des Gelingens entgegen. Verständigungen unterschiedlicher Ebenen in der öffentlichen Kommunikation brauchten nicht argumentativ erzielt zu werden, weil das unter 3. genannte Strittige nicht gegeben war. Die Aussagen des öffentlichen Diskurses waren nicht strittig. Die propagierte Wissenschaftlichkeit der Ideologie enthielt a priori das Wahrheitskriterium: »Der Marxismus-Leninismus ist allmächtig, weil er wahr ist«. Sachverhalte, denen nicht so strikt Wahrheit zugesprochen wurde, wurden durch philosophische Kategorien wie »Parteilichkeit« und »Nützlichkeit« dem Bereich des Strittigen und damit des Argumentativen entzogen.

15 Zitiert bei Otfried Arnold / Hans Modrow: Außenansichten. In: Hans Modrow (Hrsg.): Das Große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR. Berlin 1996. S. 14.

16 Johannes Volmert: Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. Ansprachen auf den Massendemonstrationen Anfang November '89. In: Armin Burkhardt / K. Peter Fritsche (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von »Wende« und »Vereinigung«. Berlin, New York 1992. S. 46.

17 Ruth Geier: Festreden in sozialistischen Betrieben. In: Irmhild Barz / Ulla Fix (Hrsg.): Deutsch-deutsche Kommunikationserfahrungen im arbeitsweltlichen Alltag. Heidelberg 1997. S. 341.

»Mit dem Kunstgriff des dialektischen Denkens, unter der alles entscheidenden Leitfrage: ›Wem nützt es?‹, und der Vorschrift, daß die ›Wahrheit parteilich‹ sei, ließ sich alles rechtfertigen, was die Partei tat.«¹⁸

Es wird deutlich, dass persuasive Akte im Sinne der von Kopperschmidt formulierten Bedingungen des Gelingens in der öffentlichen Kommunikation der DDR nicht stattfanden. Öffentliche Rede war nicht »Rede inter pares«, Rede unter Gleichen, sondern »Rede der impares«, also der Nicht-Gleichen.¹⁹ Ein wesentliches Kriterium der Einteilung der Reden in die Redearten, nämlich die Funktion der Zuhörer als Entscheidungsträger oder lediglich Zuhörende, war nivelliert. Sie ist nur relevant bei symmetrischen Kommunikationsverhältnissen. Insofern wäre sogar zu vermuten, dass alle öffentlichen Reden dem *genus laudativum*, der Lob- oder Gelegenheitsrede zuzuordnen wären, wo

»das eine Grundprinzip des rhetorischen Prozesses, die (demokratische) Wechselrede keine Anwendung (findet – R.G.): Nicht in Rede und Gegenrede wird der Redegegenstand erörtert, sondern in Form eines Monologs, der zudem keine Meinungsbildung, Entscheidungs- oder Urteilsfindung anstrebt, sondern in dem es allein um die – im eigentlichen Wortsinn – ›Zurschaustellung‹ einer Sache oder einer Person geht.«²⁰

In der DDR ging also die Staatsdoktrin von einem totalen Konsens zwischen Partei, Regierung und Volk aus, der auf vollständige Integration zielte, was schließlich eine Ursache der Krise war.²¹

Diese Bedingungen sind nicht während der gesamten Wendezeit im gleichen Maße realisiert, im hohen Maße waren sie es je-

18 Friedrich Schorlemmer: *Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland.* München 1994. S. 68.

19 Walter Jens: *Über demokratische Beredsamkeit oder: Politik muß für Wahrheiten Worte finden.* In: Hildegard Hamm-Brücher / Norbert Schreiber (Hrsg.): *Die aufgeklärte Republik. Eine kritische Bilanz.* München 1989. S. 9.

20 Clemens Ottmers: *Rhetorik.* Stuttgart, Weimar 1996. S. 21.

21 Siehe dazu Wolfgang Lutz / Michael Franzke (Hrsg.): *Krise der Ideologisierung. Zur diskurstheoretischen Untersuchung politischer Texte der SED in der Vorwendezeit.* In: *Einspruch. Leipziger Hefte. Zeitschrift der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte.* H. 8. 1992. S. 5.

doch am 4. November 1989. Im Mittelpunkt fast aller Äußerungen in der Zeit bis zum 9. November standen die Rede- und Meinungsfreiheit. Dies entspricht der ersten Etappe nach Hirschman. Die Rolle der Kommunikation wird in oppositionellen Briefen, aber auch in Losungen und Demonstrationsreden thematisiert. So forderte bereits am 2. September 1989 ein Brief der Konferenz der Evangelischen Kirche von Honecker ›mündige Beteiligung‹ und eine ›produktive Diskussion‹, ähnlich der Aufruf der Böhleiner Linken vom 4. September 1989. Es fällt der hohe Grad an Metakommunikation auf, man reflektiert über die misslingende Kommunikation. Besonders von DDR-Intellektuellen wurde immer wieder die fehlende Rede- und Pressefreiheit bzw. die mangelnde öffentliche Kommunikation über die aktuellen Ereignisse thematisiert: Christa Wolf betonte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 8. Oktober 1989:

»Wenn in den Medien eine andere Sprache gesprochen wird, eine Sprache der Vernunft und eine Sprache der Mäßigung, so bin ich ganz sicher, daß ein großer Teil der Bevölkerung, der auf diese Sprache wartet, bereit ist zuzuhören, auch zuzuhören den Argumenten, die meinetwegen anderen Argumenten dann entgegengestellt werden – können und müssen. Aber es müssen Argumente sein. Es dürfen nicht Verhöhnungen sein. Es darf nicht so etwas sein, was viele Menschen wahn-sinnig getroffen hat: Wir weinen denjenigen, die weggehen, keine Träne nach. Das ist schrecklich, wenn so etwas gesagt wird, wenn 40 000 junge Leute weggehen.«²²

Ähnlich formulierten es auch die Bezirksverbände der Schriftsteller:

»Wir wollen das Feld notwendiger gesellschaftlicher Erneuerung mitbestellen. Wir wollen offen und ehrlich, ohne Sorge um persönliche Nachteile, mit der Führung unseres Landes sprechen, wir wollen und brauchen die öffentliche Auseinandersetzung, ohne Rücksicht auf einen Klassengegner, der mit Häme unsere Schwierigkeiten verschärft. Erfolge und Irrtümer bei der Gestaltung des Sozialismus sind unsere Sache. Wir wol-

²² Für notwendige Erneuerung, Dokumentation. In: Neue deutsche Literatur. Berlin. Jg. 58. 1990. H. 1. S. 171.

len über die wirkliche Lage nicht durch Phrasen und Allgemeinplätze getäuscht werden.«²³

»Ideologische, ökonomische und soziale Stagnation gefährden zunehmend das bisher Erreichte. Die Ignoranz der Medien ist unerträglich. Der öffentliche demokratische Dialog auf allen gesellschaftlichen Ebenen über Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, Mißwirtschaft und Bevormundung muß sofort beginnen. Besorgte Haltungen und Äußerungen dürfen nicht unterdrückt und kriminalisiert werden.«²⁴

»Sozialismus, wie wir ihn verstehen, verträgt sich gut mit Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit einschließlich dem Recht zur Bildung von Vereinigungen, mit der offenen Aussprache über alle anstehenden Fragen«²⁵.

»Unsere Gesellschaft hat ein breites Gespräch begonnen, das der Erneuerung des Sozialismus und der Entwicklung der Demokratie in unserem Lande dienen soll. [...] Wir brauchen die konstruktive – auch polemische und kontroverse – Auseinandersetzung über die Angelegenheiten unseres weiteren nationalen Seins. Wir brauchen den ehrlichen, öffentlichen Dialog gleichberechtigter Partner.«²⁶

Dieser Missstand in der Gesellschaft und ihrer öffentlichen Kommunikation wurde jedoch nicht nur von den Schriftstellern und Intellektuellen der DDR empfunden, wenn er auch von ihnen besonders thematisiert wurde. Er war der Hauptgrund für Ausreisen der DDR-Bürger. So gaben ausgereiste DDR-Bürger als Ursache ihrer Ausreise an:

- 74% fehlende Meinungsfreiheit,
- 72% Unmöglichkeit, das eigene Leben zu bestimmen,
- 69% schlechte Zukunftsaussichten,
- 65% politische Unterdrückung,
- 56% niedriger Lebensstandard.

In diesem Kontext, vor dem Hintergrund dieser Befindlichkeit

23 Brief des Bezirksverbandes Potsdam an das Präsidium der Volkskammer der DDR. Ebenda. S. 173.

24 Mitteilung des Präsidiums des Schriftstellerverbandes der DDR. Ebenda. S. 174.

25 Erklärung des Bezirksverbandes Dresden. Ebenda. S. 175.

26 Aufruf des Arbeitskreises sorbischer Schriftsteller. Ebenda. H. 2. S. 154f.

und Erwartungen der DDR-Bürger ist dann auch die Rede von Egon Krenz anlässlich seines Amtsantritts am 18. Oktober 1989 zu betrachten:

»In seiner Rede zum 40. Jahrestag der DDR am 6. Oktober 1989, die den beschönigenden Titel ›Durch das Volk und für das Volk wurde Großes vollbracht‹ trug, hatte Erich Honecker ein wahrhaft idyllisches Bild der Situation in der DDR gemalt. Statt einer gemäßigt kritischen Version [...] trug er einen Text vor, der jeden Wirklichkeitsbezug vermissen ließ und sich in platte Losungen wie ›Vorwärts immer, rückwärts nimmer‹ flüchtete. Die DDR überschreite die Schwelle zum Jahr 2000 mit der Gewißheit, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre, auch wenn ›einflußreiche Kräfte der BRD‹ die Chance witterten, ›die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung durch einen Coup zu beseitigen‹. Statt eines Hinweises auf die realen Probleme des Landes war von der ›Politik der Kontinuität und Erneuerung‹ die Rede, eine Floskel, die in den Jahren zuvor ständig gebraucht worden war, um alle Forderungen nach einer Reform abzublocken. Diese Politik sichere, daß auch künftig der ›Sozialismus in den Farben der DDR‹ leuchten werde. Während Tausende die DDR verließen oder auf den Straßen für eine andere Republik demonstrierten, sprach Honecker von dem ›vertrauensvollen Gespräch in Stadt und Land‹, das in Vorbereitung des XII. Parteitages im Gange sei.«²⁷

Die unangemessene Feier am 7. Oktober wurde für die DDR zum Fiasko, die »bombastischen Versuche der Selbstdarstellung der Honecker-Führung hatten die Krise noch beschleunigt und als Katalysator für das Aufbegehren der DDR-Bürger gewirkt«²⁸.

Die SED-Führung aber reagierte erst am 11. Oktober auf die Krisenstimmung im Land. In einer Politbüro-Sitzung verabschiedete sie eine Erklärung, »in der erstmals Zeichen der Einsicht in die tatsächliche Lage zu erkennen waren«²⁹. Als erste öffentliche Rede der Wende jedoch verstehe ich die Rede von Egon Krenz am 18. Oktober 1989. In ihr wurden auch erstmals Änderungen im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR sichtbar, wenn auch nur für den sehr aufmerksamen und kundigen Rezipienten von DDR-Reden.

27 Gert-Joachim Glaefner: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit. Opladen 1992. S. 64.

28 Ebenda. S. 65f. – Wir vernachlässigen hier bewusst andere Momente, die letztendlich zum Ende der DDR führten.

29 Ebenda. S. 66.

Die Rede von Egon Krenz am 18. Oktober 1989

»In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.« Mit diesen Worten begann im Herbst 1989 der Gründungsauf Ruf des ›Neuen Forum‹. Wie tief die Störung war, wurde immer deutlicher. Das Volk fand erst langsam seine öffentliche Sprache, formierte sich vom »Staatsvolk der DDR« zum Volk, das sich zu sich selbst bekannte mit dem legendären Ruf »Wir sind das Volk« – und die Regierung schwieg. Der Massenexodus wurde nicht thematisiert, über alles wurde Schweigen gebreitet. Wie gespannt die Lage war, kann nur der ehemalige DDR-Bürger nachfühlen. Tageszeitungen aller Art waren bereits wenige Minuten nach Öffnung der Kioske ausverkauft, Nachrichten wurden zu den meistgehörten und -gesehenen Sendungen. Ich weiß noch, wie am Abend des 18. Oktober in der »Aktuellen Kamera« der Rücktritt Erich Honeckers und die Wahl Egon Krenz' zum Generalsekretär der SED bekannt gegeben wurde, weiß noch, wie eine Rede von Krenz für den gleichen Abend angekündigt wurde, und erinnere mich noch meiner Enttäuschung über die Rede, des Gefühls: Es ändert sich nichts. Dass dies kein individueller Eindruck war, soll im Folgenden verdeutlicht werden. Es soll aber nicht beim Konstatieren bleiben, vielmehr soll gefragt werden, wieso diese Rede der Wassertropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte.

»Als am Mittwoch letzter Woche Rauch aus dem Kamin des Großen Hauses stieg, war uns ein neuer Generalsekretär beschieden [...] Des Neuen Rede geht von lebensnahen Medien, von Dialog ohne Tabus, von Realismus in der Politik. Noch nicht genug, doch einiges ist anders, vor allem eines: Sehr viele sind 18 Jahre klüger. Diesmal wollen sie dem Neuen nicht nur glauben müssen, nicht nur hoffen dürfen, sie bitten nicht, sie fordern: Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Wahlfreiheit. Und sie mißtrauen eilig aufpolierten Worthülsen wie ... die sozialistische Demokratie noch wirksamer entfalten. Noch wirksamer: Als hätte es die schon gegeben. Der alte Apparat greift zur Puderquaste und schminkt sich die grauen Wangen jugendlich, doch diesmal, sehen wir, lassen sich

die Vielen mit Kosmetik nicht besänftigen und fragen nach: nach der Struktur des Staats.«³⁰

Die Rede wurde zweimal verlesen, zum einen vor dem ZK der SED, zum anderen abends im Fernsehen für alle DDR-Bürger. Am nächsten Tag wurde sie vollständig über die Presse verbreitet.³¹

Die Reaktionen auf die Rede waren weitgehend einheitlich: Erhard Eppler, der die Rede am 24. Oktober 1989 im RIAS kommentierte, schrieb:

»Als nach dem Sturz Honeckers Egon Krenz zum Generalsekretär der SED gewählt wurde, gaben ihm viele im Westen noch eine gewisse Chance. Wer seine Rede vom 18. Oktober hörte, konnte wissen, daß er keine hatte.«³²

Die »Neue Chronik der DDR«, eine Dokumentensammlung der Wende, urteilte über die Rede:

»Es mag bezweifelt werden, ob es sinnvoll ist, seine (Krenz' – R. G.) auf der 9. ZK-Tagung gehaltene und von ihm am Abend des gleichen Tages im DDR-Fernsehen verlesene Rede in vorliegender Ausführlichkeit wiederzugeben. Dem ist entgegenzuhalten: Sie verdient es als Dokument der Zeit, das besser als jeder Kommentar enthüllt, daß diese Politbürokratie dem DDR-Volk nichts mehr zu bieten hatte außer Selbstdarstellung von Realitätsferne, Ignoranz und Arroganz. Krenz' Jungfernrede als SED-Generalsekretär ist das Dokument, welches – zwar ungewollt, aber dennoch – das Aus der SED-Führung einläutete. Darin liegt seine Bedeutung.«³³

Ähnlich äußerte sich auch Glaeßner:

»Als der neugebackene Generalsekretär sich dann nach seiner Wahl am Abend des 18. Oktober mit einer Rede, die er vor dem ZK gehalten

30 Joachim Walther: Mehr als glauben mehr als hoffen. In: Temperamente. Blätter für junge Literatur. Berlin. Jg. 1: Oktober 1989 Texte. S. 155.

31 Dies war ein Novum: Bisher waren alle Parteitags-, Politbüro- und ZK-Reden nie im vollen Wortlaut über die Medien verbreitet worden, kritische Passagen wurden in der Regel mündlich weitergegeben als sogenannte »parteiinterne Informationen«.

32 Eppler: Kavalleriepferde beim Hornsignal. S. 49.

33 Neue Chronik DDR. Berichte, Fotos, Dokumente. Recherchiert und zusammengestellt von Zeno und Sabine Zimmerling. Folge 1. 7. August – 18. Oktober 1989. Berlin 1990. S. 5.

hatte und die keine konkreten Sofortmaßnahmen ankündigte, über das Fernsehen an die Bürger wandte (die er aus Versehen auch noch gelegentlich mit ›Genossen‹ ansprach), war das Unternehmen ›Wende‹ gescheitert, bevor es richtig begonnen hatte.«⁵⁴

Jürgen Kuczynski trug am 21. Oktober 1989 in seinem Tagebuch ein:

»An seine (Honeckers – R. G.) Stelle ist Krenz getreten – bisher so ganz auf Erichs Linie. Seine Antrittsrede war enttäuschend, und nur durch Modrows Auftreten im Zentralkomitee kamen einige schwache Worte der Kritik nachträglich hinein. Von echter Selbstkritik kein Wort!«⁵⁵

Auch namhafte DDR-Schriftsteller nahmen Stellung zur Rede, so Volker Braun in einem Interview:

»Aber wie wenig selbstkritisch, wie theorielos ist seine (die des Politbüros – R. G.) Erklärung, nach zweitägiger Sitzung. Es ist ein Text, der nicht auf den Punkt kommt. Was ist der Kern unseres Verhängnisses, des unproduktiven Zustands? Daß die Partei ihren Vorzug, ein selbstloses Organ zu sein, verlernt hat und ein Machtorgan geworden ist.«⁵⁶

Diese Einschätzungen betreffen die massenmedial vermittelte Rede. Und um diese geht es auch im Folgenden, Stimmen über die Rezeption im ZK liegen nicht vor. Dass Krenz aber im Fernsehen der DDR als kollektives Redesubjekt im Auftrag des ZK spricht, impliziert Billigung und Zustimmung.

Beide Reden hatten ihr eigenes Publikum. Die Akzeptanz der Rede im ZK lässt auf die Zuhörerschaft und ihre Erwartungen schließen. Es kann des Weiteren vorausgesetzt werden, dass dort die Zuhörer im ZK weitgehend homogen waren in Bezug auf die Erwartungen, dass diese etwa folgender Art waren: Versuch der SED, die gefährdete Führung wiederzuerlangen, indem sie für sich beansprucht, die Wende eingeleitet zu haben, und oberflächliche Korrekturen vornimmt.

54 Glaeßner: Der schwierige Weg zur Demokratie. S. 71.

55 Jürgen Kuczynski: Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende? Tagebuchblätter 1987 bis 1990. Berlin 1990. S. 179.

56 Interview mit der ungarischen Zeitung ›Népszabadság‹. In: Neue deutsche Literatur. Jg. 1990. H. 2. S. 152.

Die Schwierigkeit, den Adressaten bei massenmedialer Kommunikation zu bestimmen, ist bekannt, dennoch ist dieser Teil der Angemessenheit in Bezug auf den Zuhörer und seine Erwartungen, von konstitutiver, prinzipieller Bedeutung.

Kühns Vorschlag³⁷ zur Adressatenfeststellung und -beschreibung aufgreifend, verwende ich den interpretativen Adressatenbegriff, der vorwiegend bestimmt ist durch das Kriterium der Betroffenheit. Als Adressat der Rede wird somit derjenige verstanden, dessen Interessen in der Rede tangiert sind. Indizien für Adressiertheit sind also im Verhältnis Rede–Zuhörer, Redner–Zuhörer und in der Rede selbst zu suchen. Außerdem – und das scheint mir für diese Rede besonders wichtig – gilt es, die kommunikationsstrukturellen Beziehungen zu berücksichtigen. Eine plausible Erklärungsmöglichkeit sehe ich im Begriff des Sprachspiels, wie es von Grünert³⁸ verstanden wird. Die enge Verflechtung von Partei und Staat äußerte sich in der DDR u. a. darin, dass der Führungsanspruch der SED in der Verfassung der DDR verankert war, dass Parteibeschlüsse verbindlich waren für den Ministerrat und dessen Mitglieder, dass im Wesentlichen eine Personalunion von Partei- und Staatsführung bestand. Damit sind Parteitagsdokumente, Politbüro- und ZK-Beschlüsse einem regulativen Sprachspiel zuzuordnen. Es gab eine Übereinstimmung zwischen Textproduzenten und -rezipienten, diese Texte als normierend, regulativ zu sehen.

Wie aber war es damit am 18. Oktober 1989? Nach Grünert setzt das regulative Sprachspiel Machtbefugnis der Textproduzenten voraus. Aber gerade diese absolute Macht und der alleinige Herrschaftsanspruch der SED wurden zu diesem Zeitpunkt nicht mehr

37 Peter Kühn: Adressaten und Adressatenkarusell in der öffentlich-politischen Auseinandersetzung. In: Joachim Dyck / Walter Jens / Gert Ueding (Hrsg.): Rhetorik. Bd. 11. Rhetorik und Politik. Tübingen 1992. S. 56.

38 Horst Grünert: Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte in ihrer Verflechtung. In: Werner Besch / Oskar Reichmann / Stefan Sonderegger (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. Berlin, New York 1985. S. 44.

widerspruchslos akzeptiert. Oppositionelle Gruppen⁵⁹ hatten sich bereits gegründet und ihre Ziele in entsprechenden Dokumenten formuliert. Zwar sprechen sich alle genannten Papiere für einen Sozialismus aus, aber für einen demokratischen und pluralistisch orientierten, also gegen den absoluten SED-Führungsanspruch. Setzt man nun als Adressaten, und zwar aufgrund des Inhaltes der Rede, die Bevölkerung der DDR, so zeigt sich: Das regulative Sprachspiel der SED fand keine Mitspieler mehr. Die Empfänger verweigerten ihre bisherige Rolle.

Welches Sprachspiel aber wäre akzeptabel gewesen? Denkbar wäre ein integratives. Es soll Gruppen definieren, nach innen stabilisieren und nach außen abgrenzen. Die Gruppe selbst ist nicht a priori festgelegt. Eine erste Definition erfolgt aber in der Anrede als »wichtiges Texteingangssignal, das im allgemeinen für die Deutung der vom Sprecher angebotenen Rollenkonstellation entscheidende Indizien liefert«⁴⁰. Zuerst aber definiert die Anrede als integrative oder disjunktive die Empfänger. Sie ist somit Signal dafür, mit wem der Redner in kommunikative Beziehungen treten will. Wenn der Inhalt alle DDR-Bürger tangiert, sind sie die Adressaten, sie sind die Gruppe, die integriert werden sollte. Die Anrede ›Liebe Genossinnen und Genossen‹ aber als disjunktive erfasst nur einen Teil davon, die SED-Mitglieder, der Großteil der Bevölkerung wird ausgegrenzt.

Weiteres Indiz für ein integratives Sprechen ist der Aufbau sozialer Beziehungen zwischen dem Redner und seinen Adressaten. Gerade dieses Ziel wird zwar von Krenz wiederholt angesprochen, auch durch lexikalische Einheiten wie ›alle‹ und ›gemeinsam‹, es dominiert im Text aber eine Ausgrenzungstaktik. Wie bereits in früheren SED-Reden, besonders Reden von Honecker, wird eine Dichotomie Partei–Volk gebildet. ›Wir‹ wird verwendet als exklusives, als pluralis maiestatis. Als Beispiele seien genannt:

59 Peter Kühn: Adressaten und Adressatenkarusell in der öffentlich-politischen Auseinandersetzung.

40 Volmert: Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. S. 80.

Als Partei der Arbeiterklasse wenden wir uns an die Arbeiterinnen und Arbeiter [...]

Wir wenden uns an alle Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern

Wir wenden uns an die hochgebildete und politisch engagierte Intelligenz [...]

Wir wenden uns an die Jugend [...]

Wir wenden uns an die Frauen unseres Landes [...]

Wir wenden uns an unsere Soldaten [...]

Wir wenden uns an die Kampfschar der Veteranen des antifaschistischen Widerstandes und der Aktivisten der ersten Stunden [...]

Wir wenden uns an die Vertreter der Kirchen [...]

Wir wenden uns an alle [...]

Hier ergibt sich für mich die Frage, die Brecht schon 1930 stellte: »Wer aber ist die Partei?«

Das Verhältnis Volk–Partei kommt auch zum Ausdruck in dem Satz: *Unser Gesicht ist dem Volke zugewandt*, den Eppler kommentiert, »wodurch sich natürlich die Frage ergab, welcher Körperteil denn bisher dem Volke zugewandt gewesen sei«⁴¹.

Auch hier wird die Dichotomie Partei–Volk wieder ganz offensichtlich, und das in einer Zeit, als sich das Volk schon als wesentlicher Teil des Staates begriffen hatte und sich selbst als solcher thematisierte.

Das scheinbar integrierende *Wir* bezieht sich im Wesentlichen auf Teile der Partei. Krenz bedient sich also weniger der Auguren-taktik, die versucht, eine Gemeinschaft vor allem mit Hilfe sprachlicher Mittel zu schaffen, als vielmehr einer Art Desintegration – und das zu einem Zeitpunkt, an dem – so Krenz selbst – *die traditionelle Stärke unserer Partei, ihr Vertrauensverhältnis mit dem Volke beeinträchtigt ist*.

Die Rede wirkte integrierend primär auf das ZK und einen Teil der Genossen, denn *die* SED gab es im Herbst 1989 nicht mehr. Die disjunktive Anrede, die im Text fast antithetischen Kollokationen *Volk–Partei* widersprechen den Erwartungen der Zuhörer

41 Eppler: Kavalleriepferde beim Hornsignal. S. 50.

in der Situation des Herbstes 1989. Ich fasse hier unter Erwartung die Erwartung in Bezug auf den dargestellten Sachverhalt und die Art seiner Darstellung. Sie widersprechen aber wohl nicht dem Bild Krenz' von seiner sozialen Rolle, also seiner Selbsteinschätzung und seiner Vorstellung vom angemessenen Sprachspiel. Krenz erweist sich als nicht kompetent, er schätzt sowohl die Lage als auch seine Kommunikationspartner falsch ein. Wichtige Voraussetzungen für die Wirkung der Rede fehlen also: Sachkompetenz und stimmige Partnerhypothesen. Alle Faktoren, die die Glaubwürdigkeit einer Person konstituieren, sind bei Krenz nur sehr schwach ausgeprägt. Amerikanische Untersuchungen zur Glaubwürdigkeit nennen als solche: Fach- und Sachkenntnis, die sich bei der Auswahl und Bewertung der Fakten äußert, Vertrauenswürdigkeit als Ergebnis bisherigen Handelns und Verhaltens des Redners und persönliche Ausstrahlung, die vor allem in der actio, im eigentlichen Redeakt zum Ausdruck kommt.

Jarauschk kommentiert das Auftreten, also die actio von Krenz: »Diese schlecht vorbereitete Ansprache enttäuschte fast alle Zuhörer. Mit seinem dunklen Anzug, gestreiftem Schlips und breitem Lächeln sah Egon Krenz eher wie ein Gebrauchtwagenhändler als ein vertrauenerweckender Staatsmann aus.«⁴²

Auf einer Podiumsdiskussion am 24. Oktober 1989 beurteilte Heym den Führungswechsel in der SED wie folgt:

»Eine große Verwirrung ist ausgebrochen im Staate DDR nach dem Stühlerücken und den Deklamationen, die den ärgsten Ärger auffangen und dem großen Lümmel, dem Volk, bedeuten sollen, daß die oben wirklich über seine Nöte nachdächten. Sachlicher Dialog, tönt es, und vertrauensvolles politisches Miteinander, aber wer eigentlich mit wem reden soll und worüber, davon kein Wort. Und wie das vorgetragen wird in Presse und Fernsehen, mit welcher Biederkeit. Wir sind ja alle für Verbesserungen, wie denn sonst, und besonders bei der Arbeit für den Sozialismus. Und dennoch, woher soll er denn kommen, der deutsche Gorbatschow, wenn nicht aus den Reihen dieser Partei, in einem Staat, in dem jahrzehntelang niemandem außerhalb ihrer Reihen ein ernst zu

⁴² Konrad Jarauschk: Die unverhoffte Einheit 1989–1990. Frankfurt am Main 1994. S. 96.

nehmendes Wort gestattet wurde? Wo, wenn nicht in der Partei, soll denn einer gelernt haben, was auf der Suche nach neuen Lösungen für die aufgestauten Probleme gebraucht wird an praktischer Politik und Personenkenntnis und Durchsetzungsvermögen? Und wenn er jetzt noch Charisma hätte und Phantasie und das Minimum an Integrität, das ihn wohlthuend abhöbe von dem Rest der Apparatschiks, und wenn er nicht nur *einer* wäre, sondern andere neben sich hätte mit ähnlichen Fähigkeiten und Erfahrungen wie er und einer ähnlichen Vision? Statt dessen – Krenz.«⁴³

Rau sieht Glaubwürdigkeit als die *conditio sine qua non* jeder Politik an:

»Glaubwürdigkeit ist zuallererst eine Eigenschaft von Menschen und nicht von Sprache. Diese persönliche Glaubwürdigkeit muß erworben werden. Es gibt aber auch Fälle, in denen eine Sprache oder besser eine Art zu sprechen insgesamt unglaubwürdig wird. Das haben zum Beispiel die Führung der SED und die gesamte politische Klasse der DDR erlebt. Jeder Spitzenfunktionär der SED, der sich öffentlich zu Wort meldete, mußte damit rechnen, daß die Menschen zumindest geistig abschalteten. Das hatte nichts mehr mit dem Inhalt zu tun, sondern mit dem vertrauten und deshalb Mißtrauen weckenden Parteiargon. Die Sätze waren zwar aus deutschen Wörtern gebildet, aber dieses Deutsch war zu einer Art fremder Sprache geworden, in der sich glaubwürdig nichts mehr sagen ließ. Der Parteiargon war Ausweis dafür, an der Macht einer besonderen Sprachgemeinschaft teilzuhaben. Er dokumentierte Zugehörigkeit. Wenn es aber mit der Macht vorbei ist, dann ist es auch mit dem Jargon schnell vorbei. [...] Glaubwürdigkeit ist der Resonanzboden, der die politische Sprache tragen muß.«⁴⁴

Krenz wirkte nicht glaubwürdig, und zwar primär durch seine Rolle als langjähriges ZK-Mitglied und »Kronprinz«. Außerdem war er der Verantwortliche für die letzten Wahlen und damit den Wahlbetrug gewesen, hatte sich auch prononciert zu den Ereignissen in China geäußert. Es fehlte »das kommunikative Urver-

43 Rede auf einer Podiumsdiskussion im Haus der Jungen Talente am 24. Oktober 1989. In: Neue deutsche Literatur. Berlin. Jg. 38. 1990. H. 2. S. 158f.

44 Johannes Rau: Sprache und Politik. In: Der Sprachdienst. Wiesbaden. Jg. 1999. H. 2. S. 50f.

trauen, ohne das nichts geht«⁴⁵. Somit war die zweite Bedingung des Gelingens Persuasiver Kommunikation⁴⁶ verletzt.

Wenn nun der Inhalt der Rede anzuzweifeln ist, nicht den Erwartungen der Zuhörer entspricht, ein Redner spricht, dem die Zuhörer wahrlich nicht das von Quintilian geforderte Prädikat »vir bonus et honestus« zusprechen, ihn also nicht für glaubwürdig halten, welches Meisterstück einer rhetorisch ausgefeilten Rede hätte Krenz halten müssen, um Wirkung zu erzielen!

Ein weiteres Qualitätsmerkmal wirksamer Rede ist der angemessene Sprachgebrauch. Die Annahme des ZK, das regulative Sprachspiel sei angemessen, hatte sich nicht geändert. Bei der massenmedialen Verbreitung aber war es anders: Das Volk lehnte auch die hinlänglich bekannte Art alter Verlautbarungen ab.

»Der Protest richtete sich gegen die Kombination (sprachlicher Einzelphänomene – R. G.) insgesamt und gegen diejenigen, die mit einer derartigen Sprechweise politische Herrschaft ausübten.«⁴⁷

In einer Art Vereinnahmungstaktik aber und als Versuch, Macht traditionell zu legitimieren, beruft sich Krenz auf angeblich gemeinsames Vorwissen, hier besonders explizit auf die gemeinsame Geschichte. Der Geschichtstopos soll beschwichtigend wirken. Demselben Ziel dient auch die Okkupation einiger wendetypischer Begriffe wie *Dialog*. *Dialog* war im Wesentlichen ein allgemeiner Integrationsbegriff.

*Mit der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober wurde im Sinne unserer Politik von Kontinuität und Erneuerung die Tür breit geöffnet für den ernstgemeinten innenpolitischen Dialog.*⁴⁸

45 Hans Jürgen Heringer: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Politik, Sprache, Moral. München 1990. S. 181.

46 Kopperschmidt: Allgemeine Rhetorik. S. 89.

47 Reinhard Hopfer: Christa Wolfs Streit mit dem »großen Bruder«. Politische Diskurse der DDR im Herbst 1889. In: Armin Burkhardt / K. Peter Fritzsche (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von »Wende« und »Vereinigung«. Berlin, New York 1992. S. 113. – Siehe dazu auch Rau: Sprache und Politik. S. 50f.

48 Dass das Angebot zum Dialog nicht von Krenz ausging, wird deutlich, wenn man die oben genannten Forderungen der Schriftsteller betrachtet.

Der Schriftsteller Uwe Grüning bezeichnete das Angebot von Krenz zum Dialog als Gnadenerweis:

»Wir brauchen nicht in erster Linie den guten Willen eines Generalsekretärs, wir brauchen eine Struktur, die Willkür ausschließt.«⁴⁹

Insgesamt mehrten sich Stimmen, die gegen die Vereinnahmung solcher Begriffe laut wurden:

»Es muß über alles vernünftig gesprochen werden. Ich scheue mich schon vor dem Begriff *Dialog*. Jetzt reden wir nur noch über Dialog, wir führen gar keine Gespräche mehr.«⁵⁰

»Ich möchte weg von diesem Wort *Dialog*, weil das inzwischen ein offizielles Wort geworden ist.«⁵¹

»Ich würde vorschlagen, zunächst einmal das Wort *Dialog* für eine Woche zu streichen und dafür Gespräch, Aussprache, Austausch, Gedankenaustausch zu sagen; denn Hermlin sagte, unter dem Deckmantel des Dialogs wird schon wieder monologisiert.«⁵²

»Ein Wort zum Dialog zwischen Volk und Regierung: Ja, es stimmt, wir haben die Sprache wiedergefunden, und die Welt kennt seitdem dieses verschlafene Land nicht wieder. Wir wollen dabei nicht außer acht lassen, der Dialog ist nicht das Hauptgericht, sondern die Vorspeise. Es geht nicht um artiges Gerede, sondern darum, daß die Konflikte in unserer Gesellschaft und mit den Regierenden ohne Umschweife ausge tragen werden.«⁵³

49 Beitrag auf der Kulturtagung der CDU am 27. Oktober 1989 in Burgscheidungen. In: Thüringer Tageblatt. 2. November 1989. – Siehe auch Neue deutsche Literatur. Berlin. Jg. 38. 1990. H. 3. S. 167.

50 Markus Wolf in einem Interview am 25. Oktober 1989.

51 Stefan Heym in einem Interview am 25. Oktober 1989.

52 Manfred Wekwerth in einem Interview am 26. Oktober 1989.

53 Jens Reich am 4. November 1989. – Die in den Fußnoten 50–53 genannten Belege sind zitiert nach Michael Kinne: Deutsch 1989 in den Farben der DDR. Sprachlich Markantes aus der Zeit vor und nach der Wende. In: Der Sprachdienst. Wiesbaden. Jg. 34. 1990. H. 1. S. 17. – Kinne nennt dort auch Beispiele dafür, wie Dialog von der SED vereinnahmt wurde, es entstanden in der öffentlichen Sprache sofort Stereotype wie breiter, umfassender, großer, gleichberechtigter, fruchtbarer, offener, rückhaltloser, gesamtgesellschaftlicher, öffentlicher Massendialog.

Wende dagegen wurde von Krenz geprägt, um den Beginn der friedlichen Revolution in der DDR zu bezeichnen:

Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten und vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.

Es scheint fast, als habe Krenz selbst ernsthaft geglaubt, die Wende eingeleitet zu haben. So äußerte er in einem Interview: »daß wir als Partei selber die Kraft gehabt haben, diese Wende herbeizuführen und daß es gerade das Zentralkomitee war, das sehr engagiert dafür eingetreten ist, daß alle Fragen stärker vom Gesichtspunkt einer realen Analyse behandelt werden und daß wir uns stärker dem Volk zuwenden, mit den arbeitenden Menschen im Gespräch sind und der Wahrheit ins Gesicht sehen.«⁵⁴.

Des Weiteren gab es unmittelbar nach der Rede in Halle folgenden Demo-Spruch:

»Ulbricht log, Honecker log, Krenz log, Dia-log«.

Diese Vereinnahmung der Begriffe führte dazu, dass sie sich von allgemeinen Wertbegriffen zu negativ konnotierten wandelten. Christa Wolfs Ausspruch über die Wende ist Ausdruck dafür: »Mit dem Wort ›Wende‹ habe ich meine Schwierigkeiten. Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft: ›Klar zur Wende!, weil der Wind sich gedreht hat oder ihm ins Gesicht bläst. Und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegt. Stimmt dieses Bild? Stimmt es noch in dieser täglich vorwärtstreibenden Lage?«⁵⁵

Brigitte Struzyk will ebenfalls nicht von Wende reden:

»schon wegen Kohl und Kraut und Rüben nicht, auch wegen der sportlichen Assoziation: die gleiche Bahn noch mal zurück, nur schneller, besser usw.; aber auch bei diesem Wort befällt mich die Ahnung, es könnte meinen wollen, was es sagt. Wenn es sich also um eine Wende handelt, so müßten die Erfinder dieser Sätze und Taten ja noch einmal an dem Standpunkt vorbeikommen. Wenn sie es dann noch immer nicht begriffen haben, ist das, was sich am 7. und 8. Oktober in den Garagen und anderswo abgespielt hat, immer wieder möglich.«⁵⁶

54 In einem Radio-Interview am 19. Oktober 1989.

55 Christa Wolf: Reden im Herbst. Berlin 1990. S. 119. – Trotzdem setzte sich das Wort aber im Alltagssprachlichen Gebrauch durch.

56 Brigitte Struzyk: Organisches und Anorganisches aus dem deutschen Blätter-

Auch ein Teilnehmer an einer Diskussion im Leipziger Gewandhaus reflektiert über *Wende*:

»Hüten wir uns vor den Seglern, denen gar zu flott das Seglerkommando über die Lippen kommt: ›Alles klar zur Wende!«. Diesen Seglern sei ein bitterer Vierzeiler ins Bordbuch geschrieben, der kurz nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus in vielen Amtsstuben der damaligen sowjetischen Besatzungszone hing: ›Die über Nacht sich umgedreht und sich zu jedem Staat bekennen, das sind die Praktiker der Welt. Man könnte sie auch Lumpen nennen!«⁵⁷

Es ist symptomatisch für die Rede, dass sich in ihr auch *Kontinuität und Erneuerung* findet. Die Wendung war schließlich die von Honecker 1984 geprägte hauseigene DDR-Antwort auf *Perestroika*; die Anordnung der beiden Glieder entsprach der inhaltlichen Schwerpunktsetzung.

Erstmals wird aber auch *Perestroika* in einem offiziellen DDR-Dokument verwendet: *Wir haben immer bekannt, daß wir die Perestroika in der UdSSR für einen unumgänglichen Vorgang halten.*

Auch die ›Linie‹ – gedacht als Ausdruck der Wissenschaftlichkeit und Planbarkeit des Marxismus-Leninismus – ist sprachlich in diesem Text nachweisbar. *Kontinuität* zuzuordnen sind:

- lexikalische Elemente (*fortschreiten, erneut, unbeirrt, wieder erlangen, unumkehrbar*),
- alle Formen des generellen Präsens,
- alle expliziten Bezüge auf die Geschichte,
- alle Formen des ›sozialistischen Komparativs‹ (*noch besser, immer realistischer, aber auch solche wie es gibt noch Probleme*).

Der DDR-Bürger kannte natürlich die wahre Bedeutung von noch, wusste, dass ihm eine Taktik des Verschweigens zugrunde liegt.

Lutz⁵⁸ nennt zum Beispiel folgende sprachlichen Indikatoren für ungelöste Probleme in DDR-Texten:

wald. In: *Temperamente. Blätter für junge Literatur*. Berlin. Jg. 1990. H. 1: Oktober 1989 Texte. S. 95.

⁵⁷ Zitiert bei Thomas Ahbe / Michael Hofmann / Volker Stiehler: *Wir bleiben hier! Erinnerungen an den Herbst '89*. Leipzig 1999. S. 25.

⁵⁸ Wolfgang Lutz / Michael Franzke (Hrsg.): *Krise der Ideologisierung*. Zur

- *noch* als Partikel beim Komparativ,
- Forderung nach verstärkter ideologischer Arbeit. Ein Beispiel wäre der ›Wende‹-Satz.
- Passivkonstruktionen: *Es häufen sich ungelöste Fragen bei der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung ... Ungereimtheiten bei der Durchsetzung des Leistungsprinzips nahmen zu. Lohnpolitik, Subventionen und soziale Leistungen werden lebhaft diskutiert ... Sorgen macht uns die Erhaltung der natürlichen Umwelt.*

Die Analyse des Ist-Zustandes bei Krenz ist Paradebeispiel für sprachliche Euphemismen. Sollens-Sätze und Behauptungen in Form apodiktischer Sätze dominieren. Konrad Ehlich⁵⁹ hat als typische Sprachhandlung des faschistischen Diskurses das Versprechen bezeichnet, in der DDR war es wohl das Behaupten. Man könnte es als *praemissa minor* eines Syllogismus fassen, die *praemissa maior*, eine allgemeine These des Marxismus-Leninismus oder eine andere objektive Wahrheit wurde als bekannt vorausgesetzt, aber nur selten expliziert. Das entspricht durchaus der Grice'schen Quantitätsmaxime, dass das Nichtgesagte normal, bekannt und selbstverständlich ist. Solange es das ist, ist die Argumentation stringent. 1989 aber waren viele *praemissae maiores* nicht mehr selbstverständlich, dadurch bleibt die *praemissa minor* eine ungestützte Behauptung. Krenz begeht somit eine sogenannte *petitio principii*, einen Argumentationsfehler, »bei dem man eine ausdrücklich oder stillschweigend von der Hörerschaft bestrittene These als akzeptiert unterstellt«⁶⁰.

Ich kann hier nicht auf die zweifelsohne sehr interessante Art der ›Argumentation‹ eingehen, wobei zu fragen wäre, ob der Terminus Argumentation überhaupt angemessen ist. Schließlich bezieht sich Argumentation auf Strittiges? Was aber war für die SED strittig? Hatte der Marxismus-Leninismus nicht den Status ab-

diskurs-theoretischen Untersuchung politischer Texte der SED in der Vorwendezeit. Leipzig 1992. S. 16 (Einspruch. Leipziger Hefte. Zeitschrift der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte. Jg. 2. H. 8).

59 Konrad Ehlich: Über den Faschismus sprechen – Analyse und Diskurs. In: Sprache im Faschismus. Hrsg. von Konrad Ehlich. Frankfurt am Main 1990. S. 23f.

60 Chaim Perelman: Logik und Argumentation. Königstein/Taunus 1979. S. 96.

soluter Wahrheit? Man kann wohl bestenfalls von einseitiger Argumentation reden. Die These der SED war von vornherein conclusio, eine Gegenthese, die Meinung der anderen, wurde verschwiegen. So geht Krenz zum Beispiel in seiner Rede auch nicht auf bereits vorliegende oppositionelle Papiere ein. Es werden lediglich die für die SED typischen intertextuellen Bezüge zur letzten Politbürotagung und zum nächsten Parteitag hergestellt. Auch das ist ein Ausdruck der Kontinuität, der Linie.

Ein Beispiel sei noch angeführt: *Wir können nicht übersehen, daß die traditionelle Stärke unserer Partei, ihr Vertrauensverhältnis mit dem Volk beeinträchtigt ist. Daraus ziehen wir selbstkritische Schlußfolgerungen. Wir übersehen gleichzeitig nicht, daß die Gegner des Sozialismus – die äußeren wie die inneren – verstärkt versuchen, daraus Vorteil zu ziehen. Sie wittern Morgenluft und setzen darauf – ohne das Risiko offener Aggression –, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurück zu reformieren.*

Mehr als hunderttausend – darunter nicht wenig junge Leute – sind aus unserem Land weggegangen. Das ist ein weiteres Symptom für die entstandene komplizierte Lage.

These ist: *Die Lage ist kompliziert, weil ...*

Und jetzt nennt Krenz als Begründung drei Symptome: *Erstens* das gestörte Vertrauensverhältnis. Übrigens: Am 11. Oktober 1989 in der Erklärung des Politbüros las man noch: *Der politische Wille unserer Partei, ein für alle zukunftsicheres Leben aufzubauen, wurde in den vier Jahrzehnten Deutsche Demokratische Republik zum bewußten Wollen von Millionen Werktätigen in Stadt und Land. Dieses Miteinander ist unsere Stärke.* Der Satz ist eine Passivkonstruktion.

Zweitens: Der feindliche Einfluss, dem die DDR ausgesetzt ist. Neu dürfte hier die Nennung innerer Feinde sein.

Drittens: Der Massenexodus, also wieder die anderen.

Das alles seien Symptome für den gegenwärtigen Zustand. Greifen wir die Arzt-Metapher auf: Der Patient kennt zumeist die Symptome seiner Krankheit selbst. Vom Arzt aber erwartet er die Diagnose, weil erst dann die entsprechend wirksame Therapie eingeleitet werden kann. Diese Diagnose bleibt aus. Die Deduk-

tion bleibt an der Oberfläche, eine Verallgemeinerung fehlt bei der Analyse des War- und Ist-Zustandes – und das in der Sprache der SED, die nicht zuletzt ob ihrer Abstraktheit bekannt war.

Außer dem Behaupten noch nachzuweisender und in dieser Form DDR-typischer Sprechakt ist das Drohen: *Die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR sollte jedoch für niemanden als Freibrief für verantwortungsloses Handeln mißverstanden werden oder gar für Gewalt und Zerstörung mißbraucht werden. Auf solche Handlungen kann es nur eine Antwort geben: Sicherung von Ruhe und Ordnung der friedlichen Arbeit der Bürger, der Schutz der Werte, die wir alle geschaffen und für die wir alle zu bezahlen haben.*

Sicherheit und Ordnung, Schutz der Werte – diese Wörter assoziierten beim DDR-Bürger das Agens ›Polizei‹, ›Armee‹ und damit die Ereignisse vom 7. Oktober 1989 in Berlin.

Auch damit verstößt Krenz gegen die Regeln der Persuasiven Kommunikation, er bedient sich inkooperativer Mittel und ist nicht gewillt, eine Entscheidung der Adressaten zu akzeptieren. Er verletzt die dritte Regel des Persuasiven Sprechaktes.

So hat dann das Volk das Angebot eines Egon Krenz zum Dialog ausgeschlagen, zum Dialog in Kontinuität, in alter SED-Linie. »Das Vertrauen, vor allem des massenmedialen Publikums erlischt sofort, wenn die Glaubwürdigkeit der Inhalte oder der Person nicht mehr gewährleistet ist.«⁶¹ Das spiegelt sich als vox populi in den Demosprüchen unmittelbar nach der Rede wider:

Oben Krenz – unten brennt's.

Erst Taten, Egon, dann lächeln.

Wer Peking lobt, soll hier nicht wenden.

Vergeßt die 7 Geißlein nicht, wenn Egon von Reformen spricht.

Was das Volk schon lange weiß,
macht Egon erst seit gestern heiß.

61 Paul-Ludwig Völzing: Begründen, Erklären, Argumentieren. Modelle und Materialien zu einer Theorie der Metakommunikation. Heidelberg 1979. S. 149.

Egon? Wer hat uns gefragt?

Wir lassen uns nicht einKRENZen.

Schluß mit der EGO(N)zentrik!

Von unmöglicher BeKRENZtheit
zu unbegrenzten Möglichkeiten.

Wer gestern schwarz handelt und heute weiß sagt,
der sieht morgen grau aus, Herr Krenz.

Was Krenzchen nicht lernt, lernt KRENZ nimmermehr.

Ein Krenz macht noch keinen Lenz.

Demokratie – unbeKRENZt.

Wir lassen uns weder beKRENZen noch verKOHLen.

Egon Krenz – wir sind die Konkurrenz.

Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt.

eGOn.

Kein Vertrauen zu Wahlbetrügern.

Wir sind keine Fans von Egon Krenz.

Wesentliche Ursache dafür war die fehlende Glaubwürdigkeit des Redners, seine Fehleinschätzung der Situation, seiner Zuhörer und seiner eigenen Rolle. Sie wirkte sich aus in dem, was gesagt wurde, und wie es gesagt wurde. Der alte Spruch »Wer das Sagen hat, braucht sich um das Reden nicht zu kümmern« war in der massenmedialen Vermittlung im Herbst 1989 ungültig geworden.

Die unveränderte Übermittlung der Rede in der Massenkommunikation missachtete dies. Wesentliche Ursachen für die Ablehnung der Rede waren, um es wiederholend zusammenzufassen: *Erstens*: Krenz berücksichtigte die kommunikativen Bedingungen nicht. Er schätzte die Beziehungen zu seinen Kommunikationspartnern falsch ein, indem er sich auf Machtbefugnis stützte. Das wirkt sich in der Rede selbst auf verschiedenen Ebenen aus.

Zweitens: Krenz ist nicht glaubwürdig.

Drittens: Die Adressaten haben also ein negatives Verhältnis sowohl zum Redner als auch zur Rede. Es gelingt dem Redner nicht, einen Konsens zu erzeugen. Somit ist die Kommunikation misslungen.

Viertens: Bei misslungener Kommunikation kann der Redner weder Kooperations- noch Handlungsbereitschaft im von ihm intendierten Sinne erzeugen.

So findet sich denn auch in einem Kriminalroman über den Herbst 1989 folgende Szene:

»Und dann war sie während der Aktuellen Kamera durchs Zimmer in die Küche gefegt, nur mit einem Seitenblick auf den Bildschirm, auf dem der gerade gewählte Generalsekretär die Zähne bleckte, und hatte durch die offenstehende Tür gerufen: ›Der muß auch noch weg! So schnell wie möglich! Timm war nicht einmal zusammengezuckt. In den vergangenen Wochen hatte er von ihr noch ganz andere Sprüche hören müssen. Außerdem mochte er den Mann auch nicht. ›Man muß ihm wenigstens eine Chance geben, sagte er dennoch, so laut, daß sie es hören mußte.

Sie steckte den Kopf durch die Tür. ›Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff, sagte sie in dem sarkastischen Ton, der ihn verletzte. ›Mit dem und deiner Partei wird das nie was.«⁶²

Die Frau hatte Recht. Am 6. Dezember war die Ära Krenz beendet.

Wie Rhetorik zum Ernstfall wurde

Alle Versuche, die friedliche Revolution in der DDR zeitlich und inhaltlich zu strukturieren, heben die Zeit bis zum 9. November, bis zur Grenzöffnung, hervor als die so genannte ›heiße Phase‹. In dieser Zeit fand als Höhepunkt am 4. November 1989 in der DDR die erste nicht von oben, sondern von unten organisierte Demonstration statt. Auf dem Berliner Alexanderplatz waren etwa 700000 DDR-Bürger⁶³ dem Aufruf von Künstlern Berliner Theater gefolgt:

62 Jan Eik: Wer nicht stirbt zur rechten Zeit. Berlin 1991. S. 6f.

63 Die Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung differiert in den einzelnen Veröffentlichungen.

»Veränderung hat begonnen, aber unser Mißtrauen ist noch nicht beseitigt. Bisher vollzogene personelle Veränderungen⁶⁴ sind unbefriedigend. Die Analyse der Lage unseres Landes, die ehrliche Selbstkritik der politisch Verantwortlichen steht weiterhin aus. Wir sind dafür, daß er weitergeht. Die Menschen in unsrem Land sind wach geworden. Jetzt geht es darum, daß sie wach bleiben. Verfassungsgrundsätze müssen eingehalten, Diskrepanzen zur Gesetzgebung verändert werden. Das Recht muß durchschaubar und für die Menschen anwendbar sein, Rechtssicherheit ist eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Uns geht es um grundsätzliche Veränderungen in der Medienpolitik, die künftig Machtmißbrauch einzelner ausschließt.«⁶⁵

Es sprachen 29 Persönlichkeiten aus der Kultur und Politik der DDR – so Stefan Heym, Christa Wolf, Christoph Hein, Friedrich Schorlemmer, Markus Wolf, Gregor Gysi, Günter Schabowski, der damalige SED-Bezirkssekretär Berlins, sowie Schauspieler wie Steffi Spira und Ulrich Mühe. Die meisten Redner gehören in der Klassifikation von Maaz nach den sozialen Rollen der DDR-Bürger zu den Utopisten. Maaz versteht sie als einen kleinen,

»nicht formierte[n] Kreis von Intellektuellen (Schriftsteller, Liedermacher, Filme- und Theaterautoren, bildende Künstler, Theologen, Psychotherapeuten, u. a.) und Dissidenten des Apparates [...], die christliche, humanistische und sozialistische Ideale und Überzeugungen durch alle Anfeindungen hindurch hochhielten. Es waren immer mutige Individualisten gewesen, die Kraft und Geschick besaßen, gegen den Strom zu schwimmen oder das Fähnchen der Gerechten über den stickigen und muffigen Winden der Opportunisten keck wehen lassen. Deutlich abgesetzt von den verordneten Phrasen und Lippenbekenntnissen haben sie wesentliche Werte wie Frieden, soziale Gerechtigkeit und menschliche Würde authentisch und damit glaubhaft darstellen und vermitteln können, und sie haben damit die Verlogenheit des Systems entlarvt. Nirgendwo auf der Welt besaßen Künstler, Schriftsteller und Dissidenten so ho-

64 Ablösung von Honecker durch Krenz am 19. Oktober bzw. 24. Oktober, von Harry Tisch als FDGB-Vorsitzender, von Margot Honecker als Volksbildungsministerin, von Gerald Götting als Vorsitzender der CDU, von Heinrich Homann als Vorsitzender der NDPD. Weiter waren abgelöst worden die SED-Bezirkssekretäre von Suhl und Erfurt sowie der Leipziger Oberbürgermeister.

65 Neue Chronik DDR. Folge 2. 19. Oktober – 25. November 1989. Berlin 1990. S. 57f.

hes Sozialprestige wie im kommunistischen Weltbereich. Sie setzten ins Wort oder Bild, was viele dachten, aber nie auszusprechen wagten. [...] Auf dem Markt des Mangels wurden ihre Werke als besondere Fetische gehandelt und gaben einer ganzen Subkultur von Eingeweihten den Rahmen und Zusammenhalt. Sie waren das Sprachrohr des Unterdrückten, Tabuisierten und Verdrängten. So erklärte sich die Verehrung, die ihnen wie Heiligen entgegengebracht wurde. Ihr Einfluß war aber durchaus auch zwiespältiger Art: So haben sie einerseits zentrale menschliche Werte bewahrt und andererseits eine Stellvertreterfunktion übernommen, die anderen das Leben im bequemen Opportunismus erleichterte.«⁶⁶

Die Redezeit war auf fünf Minuten beschränkt, die Redner sprachen von einer improvisierten Bühne, nämlich der Plattform eines LKW. Eine eigentliche Rednertribüne fehlte.

»Die Geschichte der Tribüne ist [...] keineswegs nur die Geschichte eines beliebigen Elementes der Festarchitektur. Ihre Inthronisation als zentrale Örtlichkeit politischer Massendemonstrationen im Staatssozialismus hatte tiefen symbolischen Gehalt.«⁶⁷

Bereits auf dieser Makro-Ebene, der Inszenierung, dominiert das Entgegensetzen zum alten DDR-Usus. Nachdem die Menschen sich jahrzehntelang angepasst und zum Teil resigniert hatten, waren sie jetzt bestrebt, alte Spielregeln zu brechen und neue Muster zur Bewältigung kommunikativer Aufgaben zu finden. Ein erster Schritt bestand dabei in der Distanzierung vom alten Usus, indem man ihn vorerst einfach negierte. Diese Negation alter Muster, die Möglichkeit, sich offen und in der Öffentlichkeit von ihnen abzusetzen, forderte dann auch die Kreativität des Einzelnen. In diesem Zusammenhang lassen sich m. E. mehrere Etappen innerhalb der Wende erkennen, die zum Teil konform gehen mit der Gliederung von Jaraus. Die Zeit ab dem 7. Oktober ist ohne Weiteres als Aufbruch charakterisierbar, ich glaube jedoch, auch diese Phase bis zum 9. November, dem Umbruch

66 Hans-Joachim Maaz: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1992. S. 132f.

67 Monika Gibas / Rainer Gries: »Vorschlag für den Ersten Mai: die Führung zieht am Volk vorbei!« Überlegungen zur Geschichte der Tribüne in der DDR. In: Deutschland Archiv. Bielefeld. Jg. 28. 1995. H. 5. S. 482.

ist nicht einheitlich. Sie ist einheitlich bestenfalls in Bezug auf ihre Ziele, nicht aber auf die Teilnahme der Bevölkerung und ihre Texte. Für die erste Zeit der Wende sowie für die Zeit vor dem 7. Oktober ist festzuhalten, dass die oppositionellen Kräfte über das Land verstreut und weitgehend isoliert voneinander wirkten. Wohl erst die Massendemonstrationen in Leipzig machten die Wende öffentlich, indem sie u. a. die Medien zur Berichterstattung zwangen. So sind auch die ersten oppositionellen Papiere ohne öffentliche Wirkung geblieben. Am 4. September 1989 hatten sich in Böhlen bei Leipzig Vertreter der sozialistischen Opposition getroffen und den Appell »Für eine vereinigte Linke in der DDR« verabschiedet. Er war noch ganz in Art der SED-Diktion geschrieben: *So zeigen zum Beispiel die jetzt ausufernden (weil über Jahrzehnte angestauten) nationalen Konflikte in der UdSSR oder die weitgehende Neutralisierung kommunistischen, sozialistischen und selbst sozial-demokratischen Denkens im Sog des Bankrotts der PVAP sowie das noch unbewältigte stalinistische Erbe der kommunistischen Parteien mit aller Deutlichkeit, was geschieht, wenn zum Problem des verschleppten Wandels noch die Abwesenheit tragfähiger sozialistischer Konzepte hinzukommt.*

Die Defizite einer radikalen Erneuerung theoretischen Denkens auf marxistischer Grundlage sind angesichts der heutigen Herausforderungen katastrophal.

Selbstverwaltung aller territorialen politischen Gemeinschaften (Gemeinden, Kreise usw.) einschließlich der Bildung ihrer Rechtspflege- und Polizeiorgane durch sie selbst bei einschließlich gerichtlicher Kontrolle ihrer von staatlicher Aufsicht freien Träger.

Diese drei Sätze aus dem Appell weisen nach, dass er nicht für die Öffentlichkeit gedacht war. Allein die Sprache hätte bei der breiten Öffentlichkeit im Wesentlichen Abneigung erzeugt und wenig Resonanz gefunden. Der oppositionelle Dialog verlief weitgehend noch getrennt von der öffentlichen und alltagssprachlichen Kommunikation. Das Entgegensetzen spielte sich zum großen Teil auf der inhaltlichen Ebene ab, die sprachlich-stilistische ist in den Dokumenten noch nicht bzw. wenig vom Abgrenzen betroffen.

In diesem Sinne ist auch Hopfer zu verstehen:

»Damit oppositionelle politische Kräfte den Regierenden die Welt ihrer politischen Begriffe streitig machen können müssen sie in der Lage sein, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren und eine alternative politische Begrifflichkeit anzubieten. Das ist nicht durch einen einzelnen und womöglich illegal verbreiteten Text zu erreichen, sondern erst durch eine Folge von öffentlichen Texten, die sich durch übergreifende strategische Kommunikationsziele, durch eine durchgängige thematisch-begriffliche Basis und durch ein sprachliches Instrumentarium als das auszeichnet, was wir im folgenden als politischen Diskurs bezeichnen wollen.«⁶⁸

Ein vorsichtiger Wandel in der öffentlichen und veröffentlichten Beurteilung der Ereignisse trat nach dem 7. Oktober 1989 ein. So berichtete die »Leipziger Volkszeitung« am 10. Oktober über die Montagsdemonstration vom vergangenen Tag unter dem Titel »Geprägt von Besonnenheit«:

»Leipzig (LVZ) Am Montagabend versammelten sich im Leipziger Stadtzentrum einige Tausende zu einer nicht genehmigten Demonstration. Sie war im wesentlichen von Besonnenheit geprägt. Es gab keine Provokationen gegen Personen, keine Ausschreitungen gegen Einrichtungen und die Einsatzkräfte der Deutschen Volkspolizei, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Stadt eingesetzt waren. Diese wurden deshalb nicht gezwungen, einzugreifen.«⁶⁹

In dieser Meldung ist ein Wandel in der Bewertung der Ereignisse eingetreten, die Zeitung spricht nicht mehr von *Rowdies* oder *Elementen*, sondern nennt nüchtern die Zahl *einige Tausende*. Diese haben sich nicht *zusammengerottet*, sondern *versammelt*. Auch wird erstmals von einer *nicht genehmigten Demonstration* geschrieben, mit dem expliziten Hinweis, dass *Ordnung, Ruhe und Sicherheit* nicht gestört worden sind. Die Demonstration war weiter, so die Sicht der Zeitung, *geprägt von Besonnenheit*. Das Wort *besonnen*, das im öffentlichen Sprachgebrauch der SED vor allem an syntaktische Fertigstücke wie *Nur dem besonnenen Handeln*

68 Reinhard Hopfer: *Besetzte Plätze und ›befreite Begriffe‹. Die Sprache der Politik der DDR im Herbst 1989*. In: Frank Liedtke / Martin Wengeler / Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen 1991. S. 111f.

69 Leipziger Volkszeitung. 10. Oktober 1989. S. 2.

der Sicherheitskräfte ist es zu verdanken, daß ... gebunden war, referiert nun auf oppositionelle Kräfte. Im Wesentlichen wurde somit die Berichterstattung neutralisiert.⁷⁰ Eine positive Bewertung solcher Demonstrationen und wendetypischer Ereignisse trat dann später ein.

Um aber das Schwanken der offiziellen Meinung zu zeigen, soll hier noch auf den entsprechenden Kommentar vom 11. Oktober 1989 zur gleichen Thematik verwiesen werden:

»[...] Erleichterung darüber, daß es keine Provokationen gegen Personen, keine Ausschreitungen gegen Einrichtungen oder die Einsatzkräfte der Deutschen Volkspolizei gab. Und darüber, daß die zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Ruhe und Sicherheit eingesetzten Kräfte ein Höchstmaß an Besonnenheit bewiesen. [...] Was wir jetzt erst recht wollen und brauchen, ist der offene, mit Geduld und überzeugenden Argumenten geführte Dialog mit allen Bürgern. [...] Wir vertrauen darauf, daß das Volk seine Initiativen, seinen Sachverstand, seine Vorschläge zum Nutzen der gemeinsamen Sache in die demokratische Aussprache einbringt. [...]«⁷¹

Hier wird *Besonnenheit* wieder den Sicherheitskräften zugeschrieben. Die gängige Sprachtaktik der ›Linie‹, das Zeichen der Kontinuität, ist zu finden in dem Satz *Was jetzt erst recht brauchen ...*, hier realisiert durch die Partikel *erst recht*. Auffallend und typisch für den offiziellen Partei-Duktus ist des Weiteren die Dichotomie von *wir* und *das Volk*.

Es ist festzuhalten: Damit die Texte der Opposition in der Wende überhaupt wirksam werden konnten, mussten sie zum einen öffentlich gemacht werden. Das ist in erster Linie keine sprachliche Frage, sondern eine gesellschaftlich-kommunikative, die zusammenhängt mit dem Zugang zur öffentlichen Kommunikation. Ich glaube aber, ebenso wichtig war es zum anderen, die Menschen auch sprachlich anders anzusprechen als bisher, also auch die Sprachhandlungen und die sprachlich-stilistische

70 Zu den Wandlungen im Sprachgebrauch der ›Leipziger Volkszeitung‹ siehe außer Hellmann (Fußnote 5) auch Heiner Scholz: Sprachveränderungen in der ›Leipziger Volkszeitung‹ während der Wende. Magisterarbeit. Leipzig 1995.

71 Leipziger Volkszeitung. 11. Oktober 1989.

Ebene der Texte zu ändern. Dadurch ist eine zweite Phase, der so genannte Umbruch gekennzeichnet.

»Es ist offensichtlich, daß die Opposition nicht einer Sprache zustimmen konnte, die allgemein mit dem Regime identifiziert und als dessen direkter Ausdruck angesehen werden wurde. Andererseits konnte sie auch nicht die Wirkung dieser Sprache ignorieren, d. h. so tun und reden, als ob es sie nicht gäbe. Dies war aus vielerlei Gründen unmöglich. Vor allem aber deshalb, weil die Oppositionellen ebenfalls in der Welt lebten, die durch diese Sprache determiniert wurde, und sie sich an eine Gesellschaft richteten, die ihrem ständigen Einfluß ausgesetzt war. Sowohl die einen, wie auch die anderen befanden sich in einem von ihr bestimmten Rahmen. Die aufgezwungene Sprache ließ sich also nicht ohne weiteres ablegen, und dies schon aus rein pragmatischen Gründen, weil man nämlich nicht mit einer dramatischen Geste der Negation den Sieg über sie erringen konnte.«⁷²

Dieses Zitat aus dem Aufsatz Glowinskis bezieht sich zwar konkret auf den oppositionellen Diskurs in Polen, gilt aber im Wesentlichen auch für den in der DDR. Ebenso sind viele andere seiner Untersuchungsergebnisse übertragbar auf die DDR-Verhältnisse. So traf auch hier zu, dass sich in der »Sprache der Geistlichkeit« eine gewisse Unabhängigkeit von der totalitären Sprache der Macht erhalten hatte, in der DDR allerdings – im Gegensatz zu Polen – mehr in der Sprache der evangelischen Kirche. Vielleicht spielten auch deshalb während der Wendezeit so viele evangelische Theologen eine große Rolle.

72 Michal Glowinski: Das Leben nach dem Leben. Die kommunistische Sprache in der postkommunistischen Gesellschaft. In: Klaus Steinke (Hrsg.): Die Sprache der Diktaturen und Diktatoren. Heidelberg 1995. S. 119. – Auf die Negation wird unten noch einzugehen sein. Siehe auch Rau: Sprache und Politik. S. 50.

Der 4. November 1989

Der 4. November war gekennzeichnet durch folgende historische Eckdaten: den Rücktritt Honeckers und anderer SED-Funktionäre, die halbherzige Wende Krenz' und den steigenden Unmut des Volkes einerseits, andererseits aber auch der Besinnung des Volkes auf sich und seine Kraft. All dies ist bei den Reden von 4. November zu berücksichtigen.

Die Zuhörer sind zu differenzieren in primäre, die unmittelbar anwesenden, und sekundäre, die vor allem über Massenmedien die Rede verfolgen. Versucht man die primären Zuhörer zu charakterisieren, so sind sie zwar weitgehend homogen in Bezug auf die Beurteilung der alten DDR. Nicht einig aber sind sie sich in Bezug auf die Zukunft. Das aber spielte zur damaligen Zeit keine Rolle. Es bestand ein weitgehendes Machtvakuum. Es war auch nicht Ziel der Demonstration, dieses zu füllen. Es ging vielmehr darum, den beseitigten ›Gefühlsstau‹⁷⁵ zu ersetzen durch Spontaneität, Kreativität und Aktivität. Die Reden sind Ausdruck der Befreiung und weniger argumentative Diskurse, das rationale Moment ist meist sehr gering in ihnen ausgeprägt. So fordern die Redner in der Regel auch nicht zu politischen Handlungen auf. Dies ist sicher auch eine Ursache für das gehäufte Verwenden der ›Gefühlswörter‹, auf die noch einzugehen sein wird.

Maaz beschreibt den 4. November 1989 als den »Höhepunkt der sichtbaren Gesundung des Volkes: Der politische Protest und die zurückgehaltenen Gefühle konnten sich in Motorik, Spruchbändern, Reden und Klatschen zeigen und umsetzen, und zwar gegenüber den Zentren der Macht. An diesem Tag war die größte inhaltliche Übereinstimmung: Parteilose, Künstler, Schriftsteller, Kirchenvertreter, SED-Funktionäre und selbst ein Stasi-General waren sich einig, daß die Diktatur des Politbüros beendet werden muß. Was aber völlig offenblieb, war ein klares, neues politisches Programm. Es mangelte an revolutionärer Autorität, und der emotionale Ausdruck war vorwiegend nur als kollektiv-sublimerter Prozeß vonstatten gegangen.«⁷⁴

75 So der Titel des bereits zitierten Buches von Hans-Joachim Maaz.

74 Maaz: Der Gefühlsstau. S. 146.

Der ›Gefühlsstau‹ wurde gelöst, indem die Bevölkerung alle kommunikativen Ebenen, also die Makro-, Meso- und Mikroebene, neu für sich entdeckte und ausfüllte.

Glaeßner sieht den 4. November 1989 als eine »Demonstration [...]«, die zum Signal für den Aufbruch über die Grenzen des alten Systems wurde und für kurze Zeit die Hoffnung einer sozialistischen Alternative beschwor«⁷⁵.

Christa Wolf schildert ihre Eindrücke vom 4. November 1989 so: »Am 4. November haben wir einen schönen und hoffentlich für die Zukunft wichtigen Moment erlebt während einer großen Demonstration hier in Berlin, zu der Künstler aufgerufen hatten. Es waren Menschenmassen auf der Straße, die sich souverän, kritisch, zugleich aber auch heiter verhielten. Obwohl vorher Angst herrschte, daß diese Demonstration uns durch Provokateure, zum Beispiel von der Staatssicherheit, aus der Hand geraten könnte. Aber die Menschen waren so entschlossen, sich das nicht zerstören zu lassen, daß die Gefahr nicht real wurde. Das war auch ein guter Moment für das Zusammengehen von Intelligenz und anderen Schichten der Bevölkerung.«⁷⁶

Sie bezeichnet den 4. November als den »Punkt der größtmöglichen Annäherung zwischen Künstlern, Intellektuellen und anderen Volksschichten« und »keineswegs, wie westliche Reporter es staunend sehen wollten, (als) Zufallsprodukt eines glücklichen Augenblicks«. An dieser Stelle soll eine meiner Meinung nach nicht unwichtige Anmerkung folgen: Wahrscheinlich kann nur der DDR-Bürger diese Zeit und ihre Texte adäquat analysieren, weil er die Befindlichkeit dieser Zeit nachempfinden kann. So wird der Tenor der Demonstration nicht erfasst, wenn Lehmann in »Deutschland-Chronik 1945 bis 1995« zum 4. November 1989 schreibt:

»Bisher größte Massendemonstration in der Geschichte der DDR. Etwa 700.000 Menschen versammeln sich friedlich in Ost-Berlin zu einer von Oppositionsgruppen und Künstlern organisierten, polizeilich genehmigten Großkundgebung. Sie fordern sofortige politische Reformen, u. a. auf Transparenten.«⁷⁷

⁷⁵ Glaeßner: Der schwierige Weg zur Demokratie. S. 72.

⁷⁶ Wolf: Reden im Herbst. S. 132.

⁷⁷ Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Überarb. Neuausg. Bonn 2000. S. 365.

Gerade die für diesen Tag so wichtige und wesentliche Annäherung aller Volksschichten und das Ausleben der Gefühle werden in dieser Darstellung nicht thematisiert.

Die Rede Stefan Heyms am 4. November 1989

Ausführlich soll an dieser Stelle die Rede Stefan Heyms, des »Nestors unserer Bewegung« – so wurde Heym auf der Kundgebung angekündigt – analysiert werden, andere Reden werden nur selektiv behandelt.

Bereits die antike Rhetorik betont, dass die Person des Redners wesentliches Moment der Angemessenheit ist. Stefan Heym war den DDR-Bürgern bekannt als oppositioneller Schriftsteller, der schon immer Kritik an der DDR-Führung und ihren Sozialismus geübt hatte, deshalb vor allem in der BRD verlegt worden war. Er war aber auch bekannt als Schriftsteller, der trotz aller Repressalien – 1979 war er aus dem Deutschen Schriftstellerverband ausgeschlossen worden – die DDR nicht verlassen hatte.

Beide Momente der Glaubwürdigkeit, also Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit, Sachkenntnis waren bei ihm vorhanden. Von daher und wegen seines hohen Alters und seiner Lebenserfahrungen konnte Heym anders sprechen als andere Redner, er konnte Ratschläge geben. Schorlemmer schreibt später über ihn: »Eine leise Stimme der Vernunft ist gegenwärtig (im Januar 1990 – R. G.) chancenlos. Als die sanfte Gewalt der Vernunft gegen die Macht der SED kritisch erhoben wurde, wurde sie gehört. Symbolfigur war vielleicht Stefan Heym, ein bißchen auch Stefan Hermlin. Jetzt erhebt sie sich, die sanfte Stimme der Vernunft, kritisch gegen die Masse, vorher gegen die Macht. Und jetzt wird sie überhört.«⁷⁸

Die Gliederung der Rede entspricht derjenigen der klassischen Rhetorik, allerdings fehlt die klassische Einleitung mit der Funktion einer Beziehungsherstellung. Das mag verschiedene Gründe haben: Zum einen war die Redezeit beschränkt, zum anderen

⁷⁸ Friedrich Schorlemmer: *Versöhnung in der Wahrheit. Nachschläge und Vorschläge eines Ostdeutschen*. München 1992. S. 16.

kann man wohl davon ausgehen, dass die primären Zuhörer schon ein Verhältnis zu den Rednern hatten, zumindest zu den meisten. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass nur drei Reden eine Einleitung im klassischen Sinne haben.

Heym beginnt nach der Anrede, die ein wenig an die des Brutus in Shakespeares ›Julius Caesar‹ erinnert⁷⁹ und die sich durch *Mitbürger* abhebt von dem DDR-üblichen *Bürger*, direkt mit der Darstellung des Ist-Zustandes. Das Bild vom aufgestoßenen Fenster charakterisiert sowohl Vergangenheit als auch Gegenwart. Dass Heym, wie Volmert⁸⁰ schreibt, dabei auf die Öffnung der Grenzen anspielt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ziel der friedlichen Revolution war damals ein demokratischer, nicht-stalinistischer Sozialismus und noch nicht eine Einheit Deutschlands. Eher wäre ein anderer intertextueller Bezug denkbar. Als der ungarische Ministerpräsident Nemeth am 3. März 1989 zu Antrittsbesuch bei Gorbatschow war, sagte dieser: »Wir müssen zur äußeren Welt nicht nur die Fenster, sondern auch die Türen öffnen.« Dem entspricht inhaltlich die Rede Heyms mit ihren Hinweisen, dass der jetzige Zustand nicht ausreichend ist.

Sprachlich auffallend ist, dass DDR-Vergangenheit mit umgangssprachlichem Wortschatz dargestellt wird. Die Verwendung der Alltagssprache dient hier der Beziehungsgestaltung zwischen Redner und Zuhörern, Stil fungiert als Beziehungsgestaltung. Heym redet so, wie die DDR-Bevölkerung sich bisher über den Staat geäußert hatte, in der Alltagssprache, also in der nicht-öffentlichen Kommunikation. Das sonst übliche Code-switching unterbleibt. Damit ist diese Umgangssprache gleichzeitig ein bewusstes Entgegensetzen zur bisherigen öffentlichen Sprache, und zwar auf der inhaltlichen, als auch auf der sprachlichen Ebene.

Dieser emphatischen Situationsbeschreibung folgt ein auf persönliche Erinnerungen rekurrerender Rückblick. Diese Passage ist interessant im Hinblick auf die Partnerhypothesen Heyms. Sie zeigt ein differierendes Verhältnis von Konsens und Dissens zwischen dem Redner und den Hörern. Für den Dissens sind die Per-

79 Dort heißt es »Römer! Mitbürger! Freunde!«

80 Volmert: Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. S. 87.

sonalpronomen der Rede wichtig. Sie liefern auch Ansatzpunkte für die Komposition der Rede. Der erste Teil der Rede bezieht sich auf den Ist-Zustand mit dem neutralen Indefinitpronomen *einer*. Im gleich darauf folgenden Teil der Rede, der die Vergangenheit, den War-Zustand behandelt, fällt eine antithetische Verwendung von *ich* und *sie* auf.

Und ich sagte: So tut doch etwas!

Und sie sagten: Wir können doch nichts tun.

Dieser Dissens wird von Heym aber nur indirekt formuliert, er ist jetzt nicht mehr wesentlich, betrifft, so Heyms Partnerhypothesen, vor allem die Vergangenheit. In einer späteren Rede, am 9. Dezember 1989, artikuliert Heym Dissens explizit:

»Wie Sie wissen, habe ich meine Meinung klar und deutlich auch schon zu einer Zeit gesagt, als andere schwiegen. Ich denke, das gibt mir das Recht, auch jetzt zu sprechen, selbst wenn das, was ich zu sagen habe, mich bei manchen von Ihnen nicht populär machen sollte.«⁸¹

Das heißt, Heym sieht am 4. November zwar den Dissens in Bezug auf die Vergangenheit zwischen sich und den Zuhörern, scheint aber zu glauben, bei ihnen eine solche Autorität zu besitzen, dass er einen zum Teil pathetisch-belehrenden Ton anschlagen kann. Dies wäre unter Partnerhypothesen II. Grades zu fassen.

Aber:

»Die Oppositionellen in der DDR haben sich zum Teil über ihre Akzeptanz im Volk täuschen lassen, als Tausende und Hunderttausende ihnen zuhörten, sie beklatschten und sie sich durch die Westmedien belobigen ließen. Endlich konnten differenzierte Reden in der DDR gehalten werden! Es war erstaunlich, mit welcher Zuhörbereitschaft und Zuhörfähigkeit ein Volk in seiner Feierabendrevolution plötzlich auf die zuvor Gemiedenen hörte und dabei stolz auf sich selber wurde. Die Oppositionsgruppen waren sich nicht klar darüber, daß dies nur so lange funktionieren würde, als der Machtkampf noch nicht entschieden war.«⁸²

81 Stefan Heym: Stalin verläßt den Raum. Politische Publizistik. Leipzig 1990. S. 296 (Reclams Universal-Bibliothek 1371).

82 Schorlemmer: Versöhnung in der Wahrheit. S. 38.

In den ersten Passagen der Rede finden sich weitere Momente des sprachlichen Entgegensetzens: *Welche Wandlung!* Hier zeigt sich auch, wie wichtig der Kontext für die Interpretation selbst der rhetorischen Figuren ist. Die Antithetik, der Gegensatz zwischen War- und Ist-Zustand, ist zum Teil nur in impliziten Vergleichen, über Anspielungen realisiert.

Im Text liegen zum Teil nur implizite Vergleiche zwischen Demonstrationen in der alten DDR und der vom 4. November 1989 vor:

DDR	4. November 1989
<i>schöngezimmerte Tribüne</i>	<i>Lkw-Plattform</i>
<i>bestellter Vorbeimarsch</i>	<i>eigener, freier Wille</i>
<i>vor den Erhabenen</i>	<i>und einen Sozialismus, der des Namens wert ist.</i>

Während textuelle Antithetik besteht zwischen *bestellter Vorbeimarsch* und *eigener, freier Wille*, zwischen *vor den Erhabenen* und *für Freiheit und Demokratie und einen Sozialismus, der des Namens wert ist*, ist die Antithetik von *schöngezimmerten⁸⁵ Tribüne* zur LKW-Plattform nur zu erschließen, wenn man die situativen Faktoren der Kundgebung kennt. Hat man sie jedoch erschlossen, in der Textpassage also drei Antithesen entschlüsselt, so ist durchaus noch eine weitere möglich: Das sich auf die Ist-Zeit und die Zukunft beziehende, *Sozialismus, der des Namens wert ist* steht in Antithese zum Sozialismus in der DDR, dem Sozialismus, der des Namens nicht wert ist. Das Verstehen solcher Anspielungen setzt also historisches Wissen voraus, im Gegensatz zum Beispiel zum Mitverständnis, das über sprachliches Wissen erfolgt. Anspielungen im politischen Text sind sowohl im weiten intertextuellen als auch im historischen Zusammenhang zu sehen. Sie fungieren als typische Leerstelle des politischen Textes, deren vollständige Referenz vom Rezipienten zu vollziehen ist. Gelingt ihm dies nicht, so verlieren Anspielungen ihr historisches Mo-

⁸⁵ Es existieren unterschiedliche Schreibweisen: *schöngezimmert* vs. *schöngezimmert*. In von Heym redigierten Ausgaben steht *schöngezimmert*.

ment und werden für den Rezipienten zu Stereotypen, zu Klischees und damit zu Phrasen.⁸⁴

Weitere Antithetik liegt in der Verwendung der Personaldeixis, für die Vergangenheit sieht Heym eine Antithetik von *ich*–*sie*. Für den Ist-Zustand dagegen verwendet er das inklusive *Wir*.

Während es kennzeichnend für politische Rede im 20. Jahrhundert ist, dass sie vor allem Entscheidungen im Nachhinein legitimiert, sich also von der eigentlich politischen Rede entfernt hat, war am 4. November 1989 der »politische und soziale Ernstfall der Rhetorik«⁸⁵ eingetreten. Hierarchische Kommunikationsbeziehungen waren weitgehend beseitigt, es herrschte somit strukturelle Dialogizität. Hinzu kommt bei Heym: Es geht ihm um die Gestaltung der Zukunft. Hier sehe ich zum Beispiel einen Unterschied zwischen der Rede Heyms und der Christa Wolfs. Bei ihr dominiert die Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes.

Die Wichtung von War-, Ist- und Soll-Zustand bei den Rednern insgesamt ist unterschiedlich. Heym macht keine euphorischen Versprechungen, sondern verweist auf die Schwierigkeiten. Er erfüllt damit die Bedingungen demokratischer Beredsamkeit, indem er die Ambivalenz der Probleme zeigt und auf die Kosten der Siege verweist. Merkmal einer guten politischen Rede ist nicht (nur) eine rhetorische Brillanz.

Eine von der antiken Rhetorik geforderte Tugend ist angemessene Sprache. Diese umfasst nicht nur Sprechen im Sinne von sprachlicher Richtigkeit, sondern beinhaltet auch Anpassung an den üblichen Sprachgebrauch. Dieser ist in Relation zu den Hörern zu sehen. Der Sprachgebrauch des ZK der SED zum Beispiel hatte sich nicht geändert, der der numerischen Mehrheit allerdings. Das Volk der DDR lehnte die hinlänglich bekannte Art alter Verlautbarungen ab.

84 Zur Anspielung und deren Abgrenzung zur Intertextualität siehe vor allem Arnold Svensson: Anspielung und Stereotyp. Eine linguistische Untersuchung des politischen Sprachgebrauchs am Beispiel der SPD. Opladen 1984.

85 Ueding: Rhetorik des Schreibens. S. 14.

»Der Protest richtete sich gegen die Kombination (sprachlicher Einzelphänomene – R. G.) insgesamt.«⁸⁶ Damit wird die besondere Rolle der Wortverwendung sichtbar. Deutlich wird aber auch, dass Lexik in politischen Texten auf der Basis von Angemessenheit untersucht werden muss, ihre Untersuchung damit weit über ein bloßes quantitatives Registrieren hinausgehen muss.

»Es ist vor allem ihre idealtypische Verwendung, die Schlüsselwörter in Geschichte und Politik erfolgreich macht. Mit ihrer Hilfe kann die unzulängliche Gegenwart vor der Instanz der Zukunft angeklagt werden. Begriffe wie *Freiheit*, [...] aber auch *Demokratie und Sozialismus* sind Idealtypen, die Parteinahme verlangen, welche der Adressat kaum verweigern kann. Sie sind an einem Begriff festgemachte Zukunftsentwürfe mit Vergangenheitsdeutungen. Sie suggerieren politische Programme, ohne sie deutlich zu explizieren. Diese Schlüsselwörter tendieren zu Utopien und geben sich aus als Realitäten, zumindest als realisierbare Projektionen. Sie vereinheitlichen Abstufungen, Unterschiede und Widersprüche und verzichten so auf Konturen.«⁸⁷

Das Zitat wurde in dieser Ausführlichkeit gebracht, weil sich an ihm alle Probleme verdeutlichen lassen, die zum Beispiel die Opposition in der DDR während der Wende hatte: Die Utopie Sozialismus war als Realität ausgegeben worden, damit wurde sie von einem großen Teil der DDR-Bevölkerung auf Grund der Lebenserfahrungen negativ bewertet. Diese Bewertung übertrug sich auch auf das Wort *Sozialismus*. Als Idealtyp aber verzichtet *Sozialismus* auf Konturen.

Sozialismus war zum Gummiknüttel geworden:

»Es gab Zeiten, in denen das Wort ›Sozialismus‹ für ganze Generationen Erniedrigter und Unterdrückter ein magnetisches Synonym für eine gerechtere Welt war, und für die Ideale, die mit diesem Wort ausgedrückt worden waren, wurden Menschen fähig, lange Jahre ihres Lebens zu opfern und vielleicht gar das Leben selbst [...] doch in meiner Heimat ist aus demselben Wort – also dem Wort Sozialismus – schon längst ein ganz

86 Hopfer: Vom Konsens zum Dissens. S. 113.

87 Wolfgang Bergsdorf: Wiedervereinigung der Sprache. Einige Bemerkungen zum politischen Sprachgebrauch in Deutschland. In: Karin Böke / Matthias Jung / Martin Wengeler (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Opladen 1996. S. 25.

gewöhnlicher Gummiknüppel geworden, mit dem irgendwelche reich gewordenen und an nichts glaubenden Bürokraten alle ihre frei denkenden Mitbürger in den Rücken schlagen, wobei sie sie ›Feinde des Sozialismus‹ und ›antisozialistische Kräfte‹ nennen.«⁸⁸

In der Wende änderte sich die öffentliche Sprache sehr schnell. Die Opposition musste neben neuen Inhalten auch neue Formen ihrer Sprache finden.

Der Sprachwissenschaftler Josef Klein geht 1991 der Frage nach, wie sich ein nicht-linguistisch exakt formuliertes Besetzen von Begriffen abspielt.⁸⁹ Dabei nennt er fünf Typen des strategischen Operierens mit Wörtern. Zur ersten Gruppe, die er als Begriffsprägung vs. konzeptuell-konzeptionelle Konkurrenz bezeichnet, zählt er sowohl generell Wort-Neuprägungen als auch Neuprägungen durch Wortverbindungen, Ableitungen und Komposition. Der zweite Typus wird gebildet durch ›parteiliches Prädisieren‹ vs. ›Bezeichnungskonkurrenz‹.⁹⁰

Hier geht es nicht darum, »qua Begriff Sachverhalte zu schaffen, sondern darum, vorhandene Sachverhalte oder Themen der politischen Diskussion so zu bezeichnen, *daß damit* diejenigen Aspekte am Sachverhalt hervorgehoben werden, die aus der jeweiligen Perspektive als wichtig markiert werden sollen, und zwar meistens im Hinblick auf Zustimmung oder Ablehnung«⁹¹.

Als dritte Gruppe wird das Umdeuten oder die deskriptive Bedeutungskonkurrenz genannt.

»Gegen eine vorgegebene, meist dem Gegner zugeschriebene deskriptive Bedeutung eines Wortes wird bei Konstanthaltung des Ausdrucks und meist auch der deontischen Bedeutung versucht, inhaltlich-deskriptive Bedeutungselemente zu tilgen und/oder hinzuzufügen. Oft geht es dar-

88 Vaclav Havel: Ein Wort über das Wort. Rede in der Frankfurter Paulskirche. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 1989.

89 Josef Klein: Kann man ›Begriffe besetzen? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In: Frank Liedtke / Martin Wengeler / Karin Böke (Hrsg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen 1991. S. 50 ff.

90 Ebenda. S. 55.

91 Ebenda.

um, einem politischen Traditionswort neue, »zeitgemäße« (Teil-)Inhalte zu geben.«⁹²

In einer vierten Gruppe werden vorhandene Wörter im Hinblick auf ihre deontische Bedeutung umgewertet. Die fünfte Gruppe letztlich konstituiert sich aus Erscheinungen, bei denen »weder an den Wörtern, um die gekämpft wird, etwas verändert wird, noch neue Begriffe geprägt werden. Es geht vielmehr darum, die eigene Position mit »attraktiven« Wörtern assoziativ so eng zu verknüpfen, daß möglichst viel vom konnotativen Glanz dieser Wörter auf die eigenen Position fällt, d. h. daß sich im Bewußtsein der relevanten Zielgruppen die auf Konnotationen gegründete positive Einstellung zu den jeweiligen Begriffen überträgt auf die Partei (oder die Person – R. G.), die sich mit ihnen identifiziert.«⁹³

Mir geht es im Folgenden nicht so sehr darum, die Arten der Begriffsbesetzung zu demonstrieren, sondern vielmehr den Schritt davor, nämlich die »Befreiung der Begriffe« – um im Bild zu bleiben – zu zeigen. Die meisten der für einen Zukunftsentwurf notwendigen Begriffe waren im Sozialismus der DDR verbraucht und missbraucht worden. Darüber herrschte Konsens. In einer Diskussion im Leipziger Gewandhaus reflektieren Bürger darüber:

»Die Begriffe Sozialismus und sozialistisch müssen für uns alle neu definiert werden. Aber nicht nur von den Theoretikern des Marxismus-Leninismus. Wir brauchen klare und durchschaubare und an der Wirklichkeit meßbare Definitionen.«

»Als Opposition verstehen wir uns nicht, weil wir für den Sozialismus sind – und zwar für wesentlich mehr Sozialismus. Dort, wo scheinbar die Antwort lag, im Begriff Sozialismus, genau dort beginnt erst das Problem. Was ist Sozialismus? Wir fordern eine öffentliche Diskussion zur Sozialismus-Konzeption in diesem Land – und zwar zu Grundfragen.«

»Der Sozialismus steht auch für mich nicht zur Diskussion.«

»Die sozialistische Gesellschaft ist für mich eine Gesellschaft, in der wirklich alle Macht vom Volk ausgeht und nicht von einer Führungselite, eine Gesellschaft, in der der Platz jedes einzelnen nur durch seine Kompetenz und seine Leistung bestimmt wird – also eine Leistungsgesellschaft.«

92 Ebenda. S. 57.

93 Ebenda. S. 65.

»Mein Traum vom Sozialismus ist noch nicht ausgeträumt. Ich habe nie mehr Mut gehabt als heute. Heute glaube ich, daß wir es vielleicht schaffen können, aber nur mit dem ganzen Volk und mit ehrlichen Worten von uns.«

»Wenn die Partei weiterhin auf ihrer führenden Rolle besteht, die sie seit einigen Wochen schon nicht mehr besitzt, und immer noch den real existierenden Sozialismus, wie er 40 Jahre in der DDR praktiziert wurde, der auch weiterhin nicht zur Disposition stehen sollte, uns als einzige Alternative zum Kapitalismus offeriert, dann braucht man kein Prophet zu sein, um schwarzzusehen.«

»Es war bisher der Sozialismus der Funktionäre. Schon deshalb wurde er ja – wie wir wissen – als real existierend bezeichnet.«⁹⁴

In der DDR wurde *Sozialismus* verstanden sowohl als die »real existierende Gesellschaftsformation«, als »Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten« und als »Lehre der Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus«. ⁹⁵ Besonders *Sozialismus* in der ersten Bedeutung war jetzt negativ konnotiert.

Dennoch verzichtet Stefan Heym nicht auf Nominationen wie *Sozialismus*, *Macht* und *Demokratie*, sie sind tragende Pfeiler auch seiner Rede. Er kann diese Lexik aber nur »wiederaufbereitet« verwenden, Erläuterungen zu ihnen sind aus »gesellschaftlich bedingter necessitas (Notwendigkeit – R.G.)«⁹⁶ unumgänglich. Sie müssen entweder umgedeutet oder aber umgewertet werden. Dies geschieht hier im Text, indem die ihnen anhaftenden negativen deontischen Bedeutungskomponenten neutralisiert werden.

In der Passage *Der Sozialismus – nicht der Stalinsche, der Richtige – den wir endlich erbauen wollen, zu unserem Nutzen und zum Nutzen ganz Deutschlands* erfolgt die Neutralisierung von Sozialismus durch die *correctio*, die Korrektur,

94 Alles zitiert nach Thomas Ahbe / Michael Hofmann / Volker Stiehler: Wir bleiben hier! S. 63ff.

95 Siehe dazu Ruth Geier: Zur Verwendung grundlegender Termini des Marxismus-Leninismus in den Massenmedien. In: Wolfgang Fleischer (Hrsg.): Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR. Leipzig 1987. S. 247ff.

96 Heinrich Lausberg: Elemente der literarischen Rhetorik. Ismaning 1990. S. 70.

»die Verwerfung eines (vom Gegner verwendeten) auf die Sache im Sinne der eigenen Partei nicht zutreffenden Wortes und dessen Ersatz durch ein im Sinne der eigenen Partei auf die Sache zutreffendes (diversivokes oder multivokes) Wort«⁹⁷.

Hier arbeitet Heym mit der Formel »nicht x, sondern y«, die der Unterscheidung dient und den von ihm gemeinten Sozialismus expressis verbis von dem in der DDR praktizierten abgrenzt. Die Neutralisierung der belasteten Wörter erfolgt bei Heym in erster Linie über Abgrenzungsverfahren.

Eine andere Art des Umgehens mit stigmatisierten Benennungen zeigt Heyms Verwendung des Wortes *Macht*. Auch dieses Wort wird eingeführt, indem zuerst gesagt wird, wie Macht nicht gebraucht werden darf: Volmert⁹⁸ verweist hier zu Recht darauf, dass dieses Wort im Herbst 1989 weitgehend stigmatisiert war. Heym aber bedient sich bewusst des Wortes. So entsteht die thematische Reihe⁹⁹: *regieren – Macht – alle ... teilhaben an Macht, Kontrolle der Bürger, Demokratie, Herrschaft des Volkes* bis hin zum klassischen Schluss der Rede, *Freunde, Mitbürger, üben wir sie aus, diese Herrschaft*. In diese thematische Reihe eingebaut ist übrigens als Argumentation der Satz *denn Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut*, ein Zitat¹⁰⁰ von Lord Acton, einem liberalen englischen Historiker, den Heym auch in seiner Rede als Alterspräsident des Bundestages zitierte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Satzbau des Textes: Ausrahmungen lassen sinnwichtige Wörter der thematischen Reihe an die exponierte Stelle des Satzendes rücken:

Alle, alle müssen teilhaben AN DIESER MACHT
 ... muß unterworfen sein der KONTROLLE DER BÜRGER
 ... ist nicht denkbar ohne DEMOKRATIE
 ... üben wir sie aus, diese HERRSCHAFT

97 Ebenda. S. 124.

98 Volmert: Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. S. 59 ff.

99 Diese thematischen Reihen sind vergleichbar mit den Dispositiven bei Monika Runge: Semantische Makrostrukturen in ideologiegebundenen politischen Texten der SED. In: Wolfgang Lutz (Hrsg.): »Das soziale Band ist zerrissen«. Sprachpraktiken sozialer Desintegration. Leipzig 1994.

100 Im Original: Power corrupts, absolute power corrupts absolutely.

Die thematische Reihe paraphrasiert *Macht*. *Macht* erhält seine Bedeutung durch Beziehungen zu *Kontrolle der Bürger*, *Demokratie* und *Herrschaft*.

Diese Lexik bereitet zum einen den Schlussappell semantisch vor und lässt ihn ganz im Sinne der antiken Rhetorik zur (variieren) Wiederholung, Zusammenfassung und gleichzeitig zum Höhepunkt werden. Zum anderen aber trägt sie bei, *Macht* im Sinne der Wendezeit neu zu definieren und damit implizit abzugrenzen von *Macht* im Sinne der alten SED-Führung.

»*I have a dream*«

Ja, die Sprache springt aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie eingewickelt war, und erinnert sich ihrer Gefühlsörter. Diesen Satz aus der Rede von Christa Wolf am 4. November 1989 verwendet Hellmann¹⁰¹, um den Begriff des ›Gefühlswortes‹ zu bilden. Es ist in der Tat auffallend, welche Rolle ›Wörter der Emotionalität‹¹⁰² besonders in dieser Phase der Wende spielen.

Diese Wörter widerspiegeln zum einen die Befindlichkeit der Sprecher; es bestand zu dieser Zeit – wie oben bereits gesagt – ein Machtvakuum, das vorerst mit Träumen und Utopie gefüllt wurde. Zum anderen sprachen vor allem die Personen, die Maaz¹⁰⁵ dem Kreis der Utopisten zugeordnet hat. Aber auch insgesamt hatte sich der ›Gefühlsstau‹ gelöst.

»Es war eine wunderbare Befreiung von der Angst, die mit Recht als ›aufrechter Gang‹ charakterisiert wurde. Alles vorher qualvoll Unterdrückte konnte sich jetzt wieder vorsichtig entfalten und formulieren: Aktivität, Mut, Kreativität, Spontaneität, Hoffnung, Begeisterung, Optimismus, Kritikfähigkeit, Offenheit, Ehrlichkeit. Dies geschah im Schutz

101 Manfred W. Hellmann: Wörter der Emotionalität und Moralität in Texten der Wendezeit – Sprachliche Revolution oder Kommunikationsbarriere? In: Irmhild Barz / Ulla Fix (Hrsg.): Deutsch-deutsche Kommunikationserfahrungen im arbeitsweltlichen Alltag. Heidelberg 1997. S. 114ff.

102 Ebenda. S. 114.

105 Maaz: Der Gefühlsstau. S. 152.

und mit der Kraft sozialer Energie in Menschenmassen und in Gruppen. Zur individuellen Befreiung von den Folgen der jahrzehntelangen Repression waren Raum und Zeit zu eng bemessen. Aber längst vergessene Sehnsüchte und Wünsche, erstarrte Möglichkeiten waren wieder aktualisiert.«¹⁰⁴

Am 24. Oktober 1989 fand im Berliner »Haus der Jungen Talente« eine Podiumsdiskussion unter dem Thema »DDR – wie ich sie mir erträume« statt, auf der u. a. Christa Wolf, Christoph Hein, Stefan Heym und Gisela Steineckert sprachen. Dem Thema gemäß sind in den Beiträgen die Gefühlswörter besonders frequentiert. So beendete Hein seinen Beitrag mit:

»Wenn ich das Ganze als Traum formulieren darf, ich weiß nicht, ob es sonderlich originell ist, aber ich stelle es dem Haus der Jungen Talente zur Verfügung, sie können's übers Portal hängen: Stell dir vor, die DDR wäre sozialistisch, und keiner würde mehr weggehen.«¹⁰⁵

Gisela Steineckerts Text durchzieht anaphorisch ein *ich träume*:

»Ich finde es im Moment ziemlich kühn, sich die DDR zu träumen. Schon das ist eigentlich ein Traum und ein Wunsch. Ich wünsche mir die DDR mit einem schulfreien Samstag ohne Schularbeiten und daß meine Enkeltochter mich dennoch an Zivilcourage überholt. Ich träume mir die DDR mit der Selbstverständlichkeit, daß das, was jemand sagt, nicht unbedingt richtig sein muß, und der andere hört ihm dennoch zu. Ich träume davon, daß sich die Künstler in ihrer Kunst auch mal kräftig irren dürfen und der ganz normale anders Arbeitende bemerkt es und gerät mit dem Künstler darüber in Streit. Das heißt auch, daß der Künstler nicht in allem immer der Zeit und den Gedanken voraus sein muß, was nicht unbedingt seine Aufgabe und nicht seine Arbeit ist. Ich träume mir die DDR als ein europäisches Land, in dem ich sagen kann, ich bin Deutsche, ohne eifrig hinzuzufügen, wo ich herkomme und wie das gemeint ist. Ich möchte gerne eine anmutige, von Mühe sprechende Hymne haben, weil ich es peinlich finde, wenn wir in Augenblicken, wo uns so zumute ist – weil es ein schöner Augenblick ist –, wenn wir da herumstehen und nicht wissen, was wir jetzt sagen oder mitsingen sollen. Das ist eine Peinlichkeit, die weggehörte. Und es gibt ja eigentlich vom Brecht einen sehr schönen Vorschlag: ›Anmut

¹⁰⁴ Hans Joachim Maaz: Das gestürzte Volk oder die unglückliche Einheit. Berlin 1991. S. 29.

¹⁰⁵ Neue deutsche Literatur. Berlin. Jg. 38. 1990. H. 2. S. 157.

sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, daß ein gutes Deutschland blühe, wie ein jedes andre Land.« So könnte ich mir die DDR vorstellen.«¹⁰⁶

Diese Häufigkeit und die Relevanz von Träumen ist m. E. der damaligen Zeit insofern geschuldet, als zum einen vieles – wie im Traum – rational noch nicht bewältigt war, zum anderen aber gerade diese Träume und Vorstellungen über die Zukunft, die Utopien auch des Einzelnen im bewussten Gegensatz zur utopie-leeren und vergemeinschafteten Vergangenheit standen.

Auffallend bei allen Reden – auch am 4. November 1989 – ist, dass die Bundesrepublik in ihnen keine Rolle spielt, sie nur indirekt thematisiert wird, während andere Themen der öffentlichen DDR-Propaganda und ihrer Sprache direkt aufgenommen wurden. Zumindest bei den Rednern der Demonstration gilt nicht, was Piotrowski über analoge Reden in Polen schreibt:

»Der Aufstand gegen den kommunistisch beherrschten Staat war – in seinem ideologischen Hintergrund – von einem mehr oder weniger stillschweigenden Motiv des gemeinschaftlich geteilten Willens gekennzeichnet, zum Westen als der Welt der Normalität zurückzukehren.«¹⁰⁷

Eine Ursache mag sein, dass die Bevölkerung sich mit ihrem »Wir bleiben hier« zum damaligen Zeitpunkt für einen anderen Weg als den westdeutschen entschieden hatte, auch glaubte wohl keiner an eine schnelle Durchlässigkeit der Mauer.

Es bietet sich aber noch eine andere Deutungsmöglichkeit. Gibas schreibt im Zusammenhang mit der Langzeitwirkung der SED-Propaganda, dass die DDR-Bevölkerung »die von der Propaganda nahegelegte und immer wieder als Bekenntnis in verschiedensten Formen abverlangte Rigidität von Feindbildern, etwa des Bildes vom imperialistischen Klassenfeind BRD«¹⁰⁸ in ihrer großen Mehrheit nicht angenommen habe.

106 Ebenda. S. 160.

107 Andrzej Piotrowski: Die Rhetorik der kollektiven Identität im politischen Diskurs Polens. Eine Fallstudie zweier Parlamentsreden. In: Marek Czyzieski / Elisabeth Gülich / Heiko Hausendorf / Maria Kastner (Hrsg.): Nationale Selbst- und Fremdbilder im Gespräch. Opladen 1995. S. 255.

108 Monika Gibas: Massenbeeinflussung und politischer Wandel. Die Lang-

»Dies scheint aber nicht dafür zu sprechen, daß die Propaganda-Botschaften insgesamt abgelehnt oder kritisch geprüft wurden; vielmehr scheinen diese Botschaften immer dann von den Bürgern verinnerlicht worden zu sein, wenn sie mit ihren individuellen Bedürfnissen kompatibel waren. Mit anderen Worten, sie haben sich besonders dann »verfestigt«, wenn sie Teil der erlebten sozialen Praxis wurden.«¹⁰⁹

Der Westen aber war nicht im gleichen Maße Teil der sozialen Praxis des DDR-Bürgers geworden wie etwa die von Gibas genannte Gewährleistung der sozialen Sicherheit durch den Staat und die Kollektivität wichtiger Lebensformen.¹¹⁰ Knapp eine Woche nach der Kundgebung war die Mauer durchlässig geworden. Jetzt erst wurde die BDR Teil der sozialen Praxis des DDR-Bürgers. Die DDR-Bevölkerung wandte sich gen Westen, der Westen bzw. seine Politiker kamen gen Osten. Das Versprechen eines Helmut Kohl von »blühenden Landschaften« und die bunte Welt der Warenwerbung waren am Ende wirksamer als die leise Stimme der Vernunft eines Stefan Heym. Letztendlich blieb seine Rede – wie vieles anderes Gesagtes – ohne Langzeitwirkung, dennoch ist sie es – wie auch die anderen Reden der Wendezeit – wert, in aller Ausführlichkeit als Dokument ihrer Zeit interpretiert zu werden.

*

zeitwirkung der DDR-Propaganda. In: Universitas. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft. Heidelberg. Jg. 1998. H. 6. S. 522.

109 Ebenda.

110 Ebenda.

Zu den Autoren

Dr. phil. Ruth Geier, geb. 1946, Studium der Germanistik und Altphilologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; bis 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Karl-Marx-Universität / Universität Leipzig, 2001–2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Chemnitz, Bereich Medienkommunikation; Untersuchungen zu politischen Texten (DDR-Sprache, Sprache im Wahlkampf, Sprache des Rechtsextremismus), dazu auch zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen.

Prof. Dr. phil. habil. Peter Porsch, geb. 1944, Studium der Germanistik, Anglistik, und Politikwissenschaft an der Universität Wien und der Freien Universität Berlin; nach Promotion und Habilitation seit 1982 Dozent und seit 1988 Professor für Sprachtheorie/Sprachsoziologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1993–2005 Professor für Dialektologie und Soziolinguistik an der Universität Leipzig; 1990–2009 Mitglied des Sächsischen Landtages; 1992–2001 Landesvorsitzender der PDS in Sachsen; 1994–2007 Vorsitzender der Fraktion der PDS / Linkspartei im Sächsischen Landtag; 2000–2002 Stellvertretender Bundesvorsitzender der PDS; seit 2014 Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

